Freitag, den 23. März, abends 8 Uhr, in allen Bezirken Mitglieder-Versammlungen

Wissenden — und wir sind in allen Femeangelegenheiten Wissende — eigentlich weiter nichts ist, als ein Appell an die Vernunft. Hält man es für gut und nützlich, daß auch das Volk erfährt, was wir wissen, so möge man die in den Femeprozessen Verurteilten weiterhin als gemeine Verbrecher behandeln. Wir werden uns dann nicht scheuen, den letzten Schleier der Geheimnisse von den gesamten Femetaten zu reißen, und das nach der Verfassung souveräne deutsche Volk befragen, ob mit zweierlei Maß gemessen werden darf bei Fememördern, die von amtlichen Stellen den Befehl zu ihren Taten erhielten . . . ."

Und im „Jungdeutschen" vom 2. 3. heißt es:

„. . . um die ihm aufgetragenen heimlichen Arbeiten zu schützen, griff er (Schulz) zur heimlichen Justiz, Verräter wurden erledigt. Man mag darüber denken, wie man will, das Primat seines Handelns war die Aufgabe, vor die ihn der Staat gestellt hatte. Die deutsche Republik kommt nicht darum herum, daß sich in dem Auftreten des Wehrministeriums gegenüber dem Oberleutnant Schulz der republikanische Staat verkörpert. So war also die Tätigkeit dieses Mannes eine staatliche Handlung."

Und nun wollen wir, um gleich auf die Frage zurückzukommen, warum die KPD. nicht mehr ausplauderte; da doch der Scheller den Bericht in der Hand hat, gleich hierhersetzen, warum die KPD. gerade über den Teil schweigt, der für das Proletariat nicht weniger wichtig ist:

„Die Regierung weiß, daß die KPD. zur Rückkehr auf die Gebote schlimm des französischen Imperialismus über vieles geschwiegen hat, was diese Regierung unmöglich machen könnte für internationale Verbindungen. — Entweder läßt die Regierung die Mordhetze gegen die Kommunistische Partei oder wir werden das Schweigen brechen." „Rote Fahne", vom 27. Mai 1923.

Die Fememordpest wurde organisiert durch die Regierung unter Unterstützung der SPD. und KPD. Im Zusammenhang damit standen auch die Sprengungen im Ruhrgebiet, von denen die KPD. unterrichtet war. In einer Fraktionssitzung der Reichstagsfraktion wollte ein KPD.-Parlamentarier diesen Skandal, von dem er durch Betriebsräte des Ruhrgebiets unterrichtet wurde, zur Sprache bringen. Es wurde ihm damit gedroht, ihn fallen zu lassen, was nachträglich trotzdem geschehen ist, weil man sich vor ihm nicht mehr sicher wähnte. Die KPD. durfte damals die Granatengeschäfte nicht stören — **und schwieg.** Wenn sie heute sich laut als Wahrheitskünder anpreist, so spekuliert sie darauf, daß die SPD. sich vor den Wählen nicht selbst kompromittieren will. Die SPD. wiederum kann die KPD. nicht „entlarven", ohne sich selbst zu entlarven. In diesem Zusammenhang ist es nicht ohne Reiz, zu beobachten, wie heute die „Vaterländischen" dieselben Drohungen mit Enthüllungen ausstoßen, wie 1923 die KPD. Es ist nicht ohne Reiz, zu beobachten, wie beide sich gegenseitig „helfen", indem die Völkischen für die Freilassung der KPD.-Bonzen stimmen sollen, resp. für die Niederschlagung des Zentrale-Prozesses (an den Proletariern liegt den Bonzen der KPD. rein gar nichts, die nimmt man so in den Kauf), und die KPD. für die Freilassung der Fehmebanditen.

„In der schamlosesten Einheitsfront der imperialistischen Volksbetrüger marschieren die Führer der deutschen Sozialdemokratie **als die schmählichsten und korruptesten Knechte der Bourgeoisie und des deutschen Imperialismus."**

Mit diesen Sätzen der „Roten Fahne" vom 15. März spricht die KPD. zu gleicher Zeit ein Urteil über sich selbst, dem wir nichts mehr hinzuzufügen haben.

Aus den Wirtschaftsbezirken

Leipzig

Eine den Kommunismus kompromittierende Kundgebung in Leipzig.

Rote Hilfe und KPD. Westsachsen hatten am 13. März. 2 Tage vor dem vom Reichsgericht inzwischen wieder vertagten Becherprozeß zu einer Kundgebung aufgerufen. Bürgerlich kleinbürgerliche Berühmtheiten, wie der geschäftstüchtige Hans Dampf in allen Gassen (Mitarbeiter der deutschnationalen „Leipziger Neuesten Nachrichten" und der „Roten Fahne"), das KPD.-Mitglied Egon Erwin Kisch, dazu Ernst Toller prangten im Stile bürgerlicher Sensationsmache in fetten Lettern als Zugnummern an den Plakatsäulen. Dementsprechend war in dem dreiviertel gefüllten Riesensaale die bürgerliche Intellektuelle fast ebenso stark vertreten, wie das Proletariat. Der Auchkommunist Kisch hatte die Einberufer im Stich gelassen und so begann Toller. Wie ein sozialdemokratischer Spießer sprach der mit Stolz von der Bundesgenossenschaft einiger dekadenter konservativer Literaten à la Thomas Mann und anderer „Im Kampfe für die Freiheit des Geistes" als einer Sache, die alles mit verlogener bürgerlicher Humanitätsduselei und nichts mit dem Willen zur Macht und zur Gewalt des Proletariats über die Bourgeoisie gemein hatte. (Um den „Geist" dieser Kundgebung richtig abzubilden, sei erwähnt, daß der dort vertriebenen R. H.-Broschüre zum Becherprozeß ein Motto des Dichters Alfred Kerr, des „dichterischen" Leichenschänders Karl Liebknechts vorangestellt?) Das von Toller mit sozialdemokratischer Sentimentalität durchsetzte l'art pour l'art Gestammel war allenfalls geeignet, der Selbstzufriedenheit der sozialdemokratischen Kleinbürger zu genügen, nicht aber zur Klärung des Verhältnisses von Proletariat und Klassenjustiz beizutragen. Dem revolutionären Proletariat entlarvte sich Toller, was nach München nicht erneut zu beweisen war, als ein sentimentaler Wirrkopf, dessen „Geistesfreiheit" in revolutionärer Situation erneut zum großem Verhängnis werden könnte.

Es war bezeichnend für die Protestaktion der Roten Hilfe, daß diese destruktiven Tendenzen des Tollerschen „Geistes" ihre direkte Fortsetzung fanden in den Reden des R. H.-Vertreters Geisenberger, des hiesigen KPD.-Kandidaten für den Reichstag, Georg Schumann, und in den Worten des verfolgten kommunistischen Intellektuellen J. R. Becher. Neben der Propaganda des gewaltsamen Umsturzes als Endziel, zu der sich besonders Becher ganz offen bekannte, war von allen Dreien das Argument der „Freiheit der Kunst und des Künstlers" und die Berufung auf die Hindenburg-Amnestie, also der mehr oder weniger offene Appell an die Gnade dieser Bourgeoisie-Republik so in den Vordergrund gerateten, daß an Stelle kommunistischer Klassenkampfpropaganda ein klassenloses Advokatengewäsch trat.

Die Bourgeoisie wäre blöde, wenn sie ihrer Republik nicht den billigen Triumph bürgerlicher Humanität im Falle Becher durch Amnestierung oder Einstellung des Verfahrens verschaffte. Was dadurch erreicht wird, ist eine Verschleierung der nach wie vor gegen das Proletariat wütenden Justizguillotine und eine Hebung des Ansehens dieser „humanen Republik", die sogar einen „kommunistischen" Dichter amnestiert oder das Verfahren gegen ihn einstellt.

Wie Rosa Luxemburg, nach dem Dichter Becher „die dreidimensionale Lösung aller gordischen Knoten", haben fällt jede Amnestie und jeden Appell an die Bourgeoisie und ihre Justiz ablehnte, sollte Becher einmal in den von Luise Kautsky herausgegebenen Briefen Rosas nachlesen. Eine solche Gesellschaft, wie sie die Rote Hilfe und Becher in eigener Sache dem revolutionären Proletariat als Kampfgenossen gegen Bourgeoisie und Klassenjustiz vorzustellen wagen, würde Rosa mit Schimpf und Schande auseinanderreißt haben.

In einer kurzen Erklärung zu einer vorgelegten Resolution legte einer unserer Genossen dar, daß Forderungen auf bürgerliche „Gerechtigkeit", Gnade und Amnestie an die Bourgeoisie eines Kommunisten und dazu eines so in den Vordergrund geschobenen Kommunisten wie Becher unwürdig sind. Wie in Wien die angefangene direkte Aktion den Weg zum Siege gewiesen habe, könne überall gegen die Klassenjustiz nur die unerbittlich zu Ende geführte Klassenaktion die Unterdrückung des Proletariats beseitigen. Diese Erklärung löste eine gewisse Betretenheit unter den KPD.-Leuten aus.

Kommunisten können nach dem jämmerlichen Verhalten der Zentralevertreter der KPD., die durch ihre Verteidiger ihr an sich berechtigtes Verhalten von Niedner bis Niedner anstatt mit dem Charakter der Klassenjustiz mit „parlamentarischen Pflichten" entschuldigten, kaum erwarten, daß ein von dieser Partei so abhängiger Mensch wie Becher auf sein jämmerliches Argument der sozusagen klassenlos künstlerischen Pflichterfüllung verzichtet. Gleichgültig, ob Becher vor der in Deutschland ja besonders stupiden Klassenjustiz erscheint oder nicht: Wenn er Kommen oder Fernbleiben mit Advokatenkniffen und „überparteilich künstlerischen" Motiven rechtfertigt und sich auf seine heutigen Bundesgenossen aus der Bourgeoisie beruft, anstatt kompromißlos mit seiner Anklage gegen die herrschende Klasse und ihre Schandjustiz an die proletarische Oeffentlichkeit zu treten, bleibt dieser Fall, was er heute ist:

Eine Kompromittierung des Kommunismus!

Genossen!

Schafft Quartiere für die Delegierten zum Parteitag!

Anmeldungen nimmt die Bezirksleitung entgegen.

Düsseldorf

Wie die KPD. Düsseldorf als Arbeitgeber ihre Arbeiter behandelt.

Wir erhalten folgenden Bericht: Vor kurzem nahm vor dem Düsseldorfer Arbeitsgericht eine Tragödie ihren Abschluß, die blitzartig die Zustände in einem sogenannten kommunistischen Betrieb beleuchtet, dem Verlagsunternehmen „Freiheit" in Düsseldorf. Als im Herbst 1925 der „Ekkibrief" erschien und die politischen Gegensätze in der KPD. wieder an Schärfe zunahmen, traten auch 2 Akquisiteure der „Freiheit" als Gegner des Ekkibriefes auf. Nahmen sie doch in ihrer Naivität an, als Arbeiter an einer Zeitung, die für die vollendete Demokratie kämpft, doch auch ihre freie Meinung äußern zu dürfen. Sie haben sich aber in dieser Hinsicht sehr getäuscht, was in nachfolgenden kurz dargelegt sein soll. Man versuchte, da gegen die beiden keine Korruptionsfälle konstruiert werden konnten, einige andere Fälle zu schaffen.

Im Herbst 1926 wurde unter recht verdächtigen Umständen, sozusagen wie auf Kommando, bei den beiden „ultralinken" von der Berliner Polizei eine strenge Haussuchung gehalten. Bei dieser Gelegenheit wurde der Genosse L. verhaftet, der den ekkitreuen Apparatmenschen auch in der Genossenschaftsschiebereі schon lange ein Dorn im Auge war, weil derselbe als Vorsitzender energisch gegen die Verschacherung der Volksgenossenschaft an eine Aktien-Gesellschaft front machte. Die „Freiheit" verschwieg schamhaft die Haussuchungen sowie die Verhaftung. Warum wohl? weil es sich hier um einfache Arbeiter handelte, oder waren andere Gründe?

Als die Verhaftung den Parteimitgliedern bekannt wurde, mußte man eine neue Gemeinheit begehen, um die Opposition als Parteischädlinge hinzustellen. Man hat dem Gen. H. Altena einen Brief aus der Tasche gestohlen der von dem Verhafteten L. stammte und als Fraktionsbrief ausgelegt wurde.

Nun endlich glaubte der Auch-„Proletarier" Reichstagsabgeordneter, Dr. Neubauer, ehemaliger Kampfgenosse von Ivan Katz, mit sehr dunkler Vergangenheit (hat doch Dr. Th. Neubauer die Frage des Ekkivertreters Killbom unbeantwortet gelassen, wo er 1917 war) gegen die Opposition und insbesondere gegen den Gen. H. in L. vorgehen zu können.

Der Gen. H. der mittlerweile an Grippe erkrankt und mit über 40 Grad Fieber zu Bett lag, bekam kurzerhand die Kündigung aus Krankenbett geschickt; ebenso dem gerade aus der politischen Untersuchungshaft entlassenen L. drückte man als Begrüßung die Kündigung in die Hand. Eine platte Maßregelung. Als dieserhalb die beiden Gen. H. und L. den Betriebsratsobmann anriefen, mußten diese erfahren, daß die „komm." Geschäftsleitung den Betriebsrat, da er angeblich nicht auf dem gesetzmäßigen Wege gewählt wurde, nicht anerkenne. Da die beiden eine rückständige Lohnforderung hatten, versuchten sie durch Verhandlungen mit dem Geschäftsführer eine Einigung zu erzielen. Alle Einigungsversuche scheiterten, weil der „komm." Geschäftsführer erklärte: „Ihr habt keinen Pfennig zu beanspruchen". Ein Appell an die KPD.-Zentrale blieb ebenfalls ohne Erfolg.

Die „kommunistische" Geschäftsleitung ging in ihrem Haß gegen ihre Parteigenossen sogar so weit, ihnen die zu der Erlangung der Erwerbslosen-Unterstützung erforderlichen Unterlagen zu verweigern.

Als man sich weiterhin dazu bequemen mußte, die notwendigen Formalitäten zu erfüllen, machte man **auf den Entlassungspapieren einen Vermerk, so daß die beiden Genossen 4 Wochen ohne Unterstützung blieben!** Da sich die Geschäftsleitung geweigert hat, den rückständigen Lohn zu zahlen und auch der Anruf der Zentrale der KPD. ohne Antwort blieb, sahen sich die beiden veranlaßt, das Arbeitsgericht in Anspruch zu nehmen.

Daraufhin wurden die beiden aus der Partei ausgeschlossen, weil sie sich nicht gutwillig um ihren verdienten Lohn betrügen lassen wollten. In den neuen darauf folgenden Gerichtsverhandlungen versuchte der „kommunistische" Geschäftsführer mit den schofelsten Mitteln, die beiden um den verdienten Lohn zu prellen. Er brachte es fertig, dreimal die Verhandlung zu vertagen und wurde im vierten Termin kostenpflichtig verurteilt, an L. Mk. 921,— und an H. 654,— zu zahlen.

Statt daß nun die Freiheit sich mit diesem für sie immerhin blamabelen Urteil zufrieden gegeben hätte und ihren Genossen den verdienten Lohn auszuzahlen, legte der Geschäftsführer beim Landesarbeitsgericht Berufung ein mit einer derartig fadenscheinigen Begründung, daß sich die 2 KPD.-Rechtsanwälte O. u. H. weigerten, diese Berufung am Landesarbeitsgericht zu vertreten.

Ein bürgerlicher Rechtsanwalt versuchte krampfhaft, das Gericht von den besonderen Gepflogenheiten der Freiheit zu überzeugen, jedoch ohne Erfolg. Durch einen Vergleich, wonach die Freiheit (die noch kurz vorher behauptete, daß die zwei Renegaten nicht ein Schein des Rechts auf ihre Lohnforderungen haben) an L. Mk. 850,— und an H. Mk. 585,— zahlt, sowie die Gerichtskosten übernimmt. So endete dieser interessante Lohnprozeß in einem „kommunistischen Betrieb".

Postbezieher!

Vom 17. bis 23. jeden Monats kommt der Briefträger, um das Zeitungsgeld in Höhe von Mark 1,42 abzuholen. Legt das zurecht, sonst geht die Bestellung als verweigert zurück und ihr bekommt keine „KAZ"!

Zum Parteitag

Anträge und Resolutionen

Groß-Hamburg.

Zu 4 a: Internationale Arbeit.

Der Parteitag stellt fest, daß die Internationale Arbeit der KAP. kaum über die allerersten Anfänge hinausgekommen ist. Die Partei ist in ihrem schweren Kampf gegen sozialdemokratischen und leninistischen Opportunismus bisher fast allein geblieben.

Sie ist sich darüber klar, daß die geschichtlichen Verschiedenheiten in den einzelnen kapitalistischen Ländern den Charakter der Arbeiterbewegung mit bestimmen und so der internationalen Entfaltung der KAP. hinderlich sind. Auch die monopolistischen Tendenzen der Nachkriegszeit führen nicht einfach zum einheitlichen Weltkapitalismus.

Das wichtigste Gebiet der internationalen Arbeit liegt deshalb im aufmerksamen Studium der Entwicklung der verschiedenen kapitalistischen Länder und ihrer Arbeiterbewegung und einer entsprechenden Information der Partei durch Rundschreiben und Presse. Hier ist vieles bisher versäumt worden, was bei richtiger Einteilung der Kräfte bewältigt werden kann.

Sodann handelt es sich um direkte internationale Verbindungen. Der Parteitag hebt besonders hervor, daß die KAP. bisher ebenso wenig mit der uns in vielem nahestehenden antiparlamentarischen Gruppe Englands (Glasgow) Verbindung hatte, wie die Allgemeine Arbeiter-Union bisher nicht den amerikanischen IWW.s nahegekommen ist. Der Parteitag verpflichtet die in Frage kommenden Körperschaften zu reichlicher Information dieser Gruppe in der Presse und zur Aufnahme direkter Verbindung mit dem nächsten Ziel, hinüber und herüber in den Zeitungen zu Worte zu kommen.

Die Partei muß sowohl in Bezug auf diese beiden Gruppen sowie auf die verschiedenen Oppositionsströmungen der Moskauer Internationale lernen, nicht wie bisher nur alles vom Standpunkt der eigenen Erkenntnis einfach abzutun, sondern vor allem in die Geschichte der verschiedenen Kapitalismen und die Vorstellungswelt der ausländischen Proletarier einzudringen, um von hier aus in möglichst brüderlicher Weise den Nachweis zu führen, daß trotz aller Differenzierung die KAP. jetzt der einzig gerebene Weg des Klassenkampfes ist.

Getreu der Erkenntnis, daß die Geschichte nicht automatisch abrollt, sondern das Handeln der Menschen verkörpert, bestimmt sich die Partei darauf, daß ihrem Wirken für den Klassenkampf in Deutschland zukünftig intensive internationale Arbeit entsprechen muß.

Zu 4 d: VRUK.

I. Der Parteitag beschließt schnellste Durchführung eines früheren Vorschlages Rheinland-Westfalens, wonach alles Material über die konterrevolutionäre Rolle der Roten Hilfe gesammelt und in einer billigen Agitationsbroschüre herausgegeben wird.

Die Kosten sollen nach Fertigstellung des Manuskripts durch Sammellisten durch Partei und Union aufgebracht werden. Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit aller Genossen auf die verschiedenen Hilfsorganisationen des Stalinismus und betont dabei insbesondere die Notwendigkeit des organisierten Kampfes gegen jene rote Hilfe, die den Kulakikurs überparteilich und pazifistisch maskieren soll.

II. Der Parteitag betrachtet die VRUK. nicht als Verwaltungsstelle für Flüchtlingsgelder, sondern darüber hinaus als wichtigstes Agitationszentrum für proletarische Solidarität.

Die VRUK. muß im Laufe der Zeit revolutionäre Hilfe auf allen Gebieten des Klassenkampfes in ihr Arbeitsbereich einbeziehen.

Die wichtigste Voraussetzung zur Schaffung der entsprechenden materiellen Grundlage ist systematische Aufklärungsarbeit über die Rolle der Bedeutung dieser Körperschaften. Der Parteitag hebt mit Nachdruck hervor, daß die Finanzierung der VRUK. durch die Mitgliedschaften der Partei und Union sich nicht nur auf Beschlüsse und Tradition stützen darf, sondern daß vor allem die Bedeutung des Arbeitersolidarität immer wieder durch den Hinweis auf das praktische Beispiel bewußt gemacht werden muß.

Die Werbearbeit der VRUK. muß sich als ein entscheidender Bestandteil des Kampfes gegen den Glauben an bürgerliche Demokratie den proletarischen Massen zu wenden, den Mitgliedschaften der Organisation dazu in Rundschreiben instruktiv an Hand gelben und vor allem jede Gelegenheit ergreifen, um in der Presse die Notwendigkeit und praktische Bedeutung der solidarischen Aktion aufzuzeigen.

III. Der Parteitag beschließt, daß dem Quartals-Kassenbericht des GfA. jeweils ein Kassenbericht der VRUK. angehängt wird.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Hamburg.

Nächste Veranstaltungen: —

13. März: Die organisatorischen Grundlagen der proletarischen Partei.
Beginn 8 Uhr. Alle Genossen erscheinen pünktlich!

Der Arbeitsausschuß.

Groß-Berlin.

Achtung! Bezirksleiter! Nächste Sitzung der Zentrale mit Berl. AA. und Referenten, am Dienstag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr, im Lokal: **Auto-Taxe, Berlin SO 36, Lausitzer- Ecke Skalitzer Straße.**

(Tagesordnung siehe Arbeitsplan.)

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Strübing, Berlin N. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Isardonat, Berlin O 17.

9. Jahrg. Nr. 23

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 22. März 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,50 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Inserate werden nicht aufgenommen.

Der März des Proletariats

Vor acht Jahrzehnten jagte der Revolutionssturm über die morschen Dynastien Europas. Der „Völkerfrühling" schien angebrochen. In den Straßen von Paris, Wien, Berlin, kämpfte die Bourgeoisie gegen den Feudalismus, und in ihrem Gefolge das erwachende Proletariat.

Die Tatsache, daß die Arbeiterklasse nach achtzig Jahren die Feier der Märzrevolution begeht, und die Bourgeoisie noch rückschlos die Knute über die Arbeiterklasse schwingt, dokumentiert mehr als alle leeren Deklarationen, daß wohl der März für die Bourgeoisie angebrochen ist, — für die Arbeiterklasse jedoch herrscht noch der graue kalte Winter. Wenn daher das Proletariat den März zum Anlaß nimmt, um all derer zu gedenken, die der grüne Rasen deckt, so darf sie über den roten Schein nicht den wirklichen Untergrund vergessen, auf dem sich die Kämpfe vergangener Revolutionen abspielten und für das Proletariat Niederlage auf Niederlage häufte. Das Proletariat muß die Kette der Niederlagen überschauen, muß die Bedingungen früherer Kämpfe begreifen, um für seinen heutigen Kampf zu richtigen Resultaten zu gelangen; um gestärkt mit der Erfahrung aller Erfahrungen die letzte Schlacht wagen zu können, — um endlich zu siegen.

Die Revolution von 1848 öffnete der Bourgeoisie die weiten Tore zu ihrer politischen Herrschaft — die nur die Herrschaft über den einzigsten Bündesgenossen, der heranreifenden Arbeiterklasse sein konnte. Sie dachte nicht daran, den Sieg über den Feudalismus mit dem Proletariat zu teilen, floh vielmehr erschreckt in die Arme des einstigen Feindes, um das Proletariat blutig niederzuwerfen. Die Arbeiterklasse kämpfte ihrem ganzen historischen Sein nach nicht nur für die Freiheit im bürgerlichen Sinne, sondern ihr Kampf war gerichtet, wenn auch versteckt unter blendenden Illusionen, gegen die kapitalistische Ausbeutung überhaupt. Die Bourgeoisie sah in dem heranwachsenden Riesen den Erben ihrer Privilegien, um die sie kämpfte. Die Freiheit im Sinne des Proletariats bedeutete die Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums, die Aufhebung jeder Lohnsklavenschaft, die Aufhebung aller Klassengegensätze durch die Aufhebung aller Klassen selbst. Grund genug für die Bourgeoisie, ihre einstigen Verbündeten mit Hilfe des einstigen Feindes blutig niederzuwerfen.

So erröthete die bürgerliche Revolution von 1848 den Kampfplatz, auf dem die Arbeiterklasse auf die politische Bühne trat, und der Bourgeoisie den Schrecken in die Glieder jagte. Wohl konnte die Bourgeoisie das Proletariat blutig niederwerfen, um so selbst auf die eigenen Früchte des Sieges zu verzichten. Aber sie konnte die Bedingungen ihrer eigenen Produktion nicht zurückdrehen, sondern diese Entwicklung wurde nach den Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise vorwärts getrieben zu ungeahnter technischer Höhe. Damit aber auch das Proletariat zu jener zahlenmäßigen Klassenmacht, die den Schrecken der Bourgeoisie begreiflich erscheinen läßt. Alle Kämpfe des Proletariats gegen die Bourgeoisie tragen die Todfeindschaft beider Klassen auf dem Schild.

Die ersten Erfahrungen der 48er Revolution wandte das Proletariat in der Pariser Kommuneschlacht gegen die Bourgeoisie an. Nicht mehr der vage Begriff der „Freiheit" als ein Ding an sich durchleuchtete den Geist der Arbeiterklasse, sondern die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Ergreifung der politischen Gewalt gab jenen Kämpfen die Wucht und Schärfe, die dem Proletariat ermöglichten, mit blutigem Griffel die Lehren dreier Jahrzehnte in die Lettern seines Klassenkampfprogramms einzuziehen, daß es die Macht entweder ganz ergreifen oder nur die Kastanien für die Bourgeoisie aus dem Feuer holen könne. Und Karl Marx zog aus jenem heroischen Gefecht, das das Pariser Proletariat der Bourgeoisie lieferte den Schluß, daß die Herrschaftsformen der Bourgeoisie, der Staat der Bourgeoisie nicht einfach erobert, sondern zertrümmert werden müsse. War auch diese neue Erkenntnis in blutiger Praxis erkauft, so war sie doch von bleibendem Gewinn. Und alle Bestialitäten einer zu Tode erschrockenen Bourgeoisie können die große Erkenntnis nicht verdunkeln, daß die Anwendung dieser revolutionären Maßregeln auf der heutigen Stufe der Entwicklung den Tod der kapitalistischen Klasse bedeuten muß. Die Räte des Proletariats als Kampf- und Herrschaftsform der Arbeiterklasse sind jene große Erkenntnis, die aus dem Blute der gemordeten Kommunarden von Paris wuchs.

Noch einmal konnte die Bourgeoisie den März der Arbeiter im Blute der Kühnsten und Tapfersten ersäufen, — aber die Lokomotive der geschichtlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, auf der sie trotz alledem ihrem eigenen Schicksal entgegenraste, konnte sie nicht mehr zurücklenken. In rasendem Tempo entwickelte sich die Industrie, die Macht des Imperialismus. Der Zusammenstoß im engen Raum des Planeten, auf dem der Profit die Bourgeoisie über die ganze Erde jagt, war unvermeidlich, weil die Verschärfung der imperialistischen Gegensätze selbst unvermeidlich war. Bis 1914 die Glocken der Weltgeschichte dem Proletariat zur geschichtlichen Tat läuteten. Es sollte, gewappnet mit den Erfahrungen seiner eigenen Geschichte, durch die kühne Tat der unverbrauchten Klasse der Bourgeoisie die Zügel entreißen, um der Menschheit ein Meer von Blut,- Tränen, Erniedrigung, der Menschheit Pyramiden von Leichen zu ersparen durch den Sturz der Bourgeoisie, die am Ende ihres Lateins angelangt war.

Aber hier zeigte sich, daß die Geschichte und ihre Erfahrungen nur bei härtester Strafe und nur zeitweise umgangen werden können. Die trügerische Oberfläche einer scheinbar angehemmten Entfaltung der Produktivkräfte gab den Revisionisten der revolutionären marxistischen Lehre die Möglichkeit, den revolutionären Geist des Proletariats im Alltag zu ersticken und zu ertöten bis auf ein Mindestmaß. Und als das Proletariat vor seinem eigenen Werke erschauer.e und den blutigen Burgfriden mitten im Völkermorden zerriß, war seine Kraft so weit verbraucht, daß die Kriegsmüdigkeit wie ein Bleigewicht an den Füßen der empörten Lohnsklaven hing. So konnte die Bourgeoisie noch einmal den geschwächten und verratenen Riesen niederwerfen. Konnte noch einmal die Besten der Arbeiterklasse in der Hölle ihres Terrors und ihrer Klassenjustiz verbrennen und ihrer „Ruhe" und „Ordnung" zu einem blutigen Triumph verhelfen.

Das Proletariat hatte nicht genügend begriffen, daß die Waffe der Kritik die Kritik der Waffen nicht ersetzen kann. Seine Partei und die Gewerkschaften entwickelten sich zu Bestandteilen des bürgerlichen Staates und fungierten als solche, als der Kampf die einzige Rettung war. So blieb das Proletariat organisatorisch und ideologisch an die Bourgeoisie gefesselt und wurde von den eigenen einstigen Führern gespalten, geschwächt, zertreten, bespuckt und verhöhnt. Die Bourgeoisie selbst braucht für das blutige Handwerk nicht mehr die Männer stellen. Aus den Organisationen der Arbeiterklasse nahm sie die Galiffets der deutschen Revolution. Alle Märzen des deutschen Proletariats teilten das Schicksal dieses Widersprachs, daß das Proletariat zu einem großen Teil eine „Ordnung" verteidigte, die nur noch eine Hölle für die Arbeiterklasse sein kann und sein wird.

Wie eine blutig warnende Feuersäule erleuchtete die russische Oktoberrevolution die Welt. Wie eine blutige Mahnung schrie sie ihr: „Alle Mächte den Räten!" den verwirrten Lohnsklaven in die Ohren „Verzeihen". Sie konnte die Richtigkeit der Erfahrungen der Pariser Kommune bestätigen und diese Erfahrungen in erhebender Kraftanstrengung zeitlich realisieren. Die Niederlage der deutschen Revolution war auch die Niederlage der russischen Revolution, und als die Kronstädter Matrosen den Widerspruch, der in den ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen Rußlands einerseits und der blutigen Tragödie des europäischen Proletariats andererseits, lag, zu überwinden, durch einen kühnen Streich die verlorene Position zu retten suchten, da sauste Lenins Telegramm über die Aufhebung der Naturalsteuer und Einführung des freien Handels in die wejtesten Gegenden der Bauern und befriedigte sie. So gewannen die Bolschewiki die Arme frei, den Matrosen und Arbeitern von Kronstadt das Schicksal zu bereiten, das die Hörsing, Severing, Noske und den deutschen Märzkämpfern bereiteten. Die modernden Gebeine schreien nicht nur in Deutschland, nicht nur in Italien, nicht nur in Frankreich nach Rache, sie schreien auch in Rußland nach Rache, und die Ironie der Geschichte wollte es, daß der russische Noske seinen Weg nicht zu Ende ging und so als Opfer seiner „Halbheit" in Sibirien sitzt, weil die Geschichte sich nicht mehr mit Halbseiten betrügen läßt.

Der März des Proletariats ist wohl geschichtlich angebrochen, aber die Tat erfordert reale Erkenntnisse gegebener Notwendigkeiten. Das Narrenspiel schwarz-rot-goldener Sieber, die in heuchlerischer Ehrfurcht vor den Gräbern der Märzgefallenen der 48er Revolution ersterben und an denen schmierigen Händen das Blut der Märzgefallenen der proletarischen Klasse von heute klebt, ist nur der Beweis, in welchen Abgrund von Ekelhaftigkeit, Verlogenheit, politischer Prostitution die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften versunken sind. Sie können nicht von der Gegenwart reden, ohne den Arbeitern die Schamröte ins Gesicht zu jagen. Sie flüchten zurück in die Jahrzehnte, um an einer verpfuschten bürgerlichen Revolution ein Alibi für ihre bürgerlichen Kostüme, bürgerlichen Fahnen, bürgerliche Freiheit zu suchen. Sie verwalten das Erbe vergangener Generationen, um von dem eigenen Verrat abzulenken.

Das revolutionäre Proletariat läßt die Toten ihre Toten begraben und schaut kühn und nüchtern der rauhen Wirklichkeit ins Gesicht. Mit dieser Wirklichkeit gilt es sich auseinanderzusetzen. Und diese Wirklichkeit ist Elend, Hunger, Massenarbeitslosigkeit, Schlichtungspeitsche, gesteigerte Ausbeutung und der völlige Bankrott der schwarz-rotgoldenen Bourgeoisie sowohl, als der schwarz-weiß-roten. Will das Proletariat seinem März die Tore der Freiheit öffnen, muß es die Organisationen zerschlagen, die es in den Abgrund stürzten, stürzen mußten, weil sie das Produkt einer Entwicklung sind, die hinter uns liegt. Die „Kritik der Waffen", das heißt heute, daß die Massen der Arbeiter begreifen, daß der Schritt der Millionen den Kapitalismus zertreten, seine Gesetzlichkeit verbrennen, daß die geschichtliche Tat des Proletariats nach Vollbringung schreit, um die gefesselten Produktivkräfte in Freiheit zu setzen. Daß endlich frei auf befreiter Erde die rote Fahne als Symbol der Klassendiktatur des Proletariats den März des Proletariats kündet.

Das Ende einer „eroberten" Gewerkschaft

Die Ortsgruppe Königsberg des Einheitsverbandes ist „aufgelöst" worden. In der sozialdemokratischen „Königsberger Volkszeitung" veröffentlicht die Bezirksleitung des Einheitsverbandes diesen Beschluß des Hauptvorstandes.

„Was macht es den Scheffel und Konsorten aus" — jammert die „Rote Fahne" vom 20. März, der wir diese Notiz entnehm —, „daß die oppositionelle Leitung der Königsberger Eisenbahner bei der Ortsverwaltungswahl am 29. Januar 91 Prozent aller in der Organisation abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte, was kümmern sich diese Spalter an der Gewerkschaftsbewegung darum, daß bei der Betriebsrätewahl in Königsberg die Opposition über 85 Prozent, die Liste der Lorenz u. Co. nur über 14 Prozent der Stimmen erhielt.

Sämtliche Mitglieder des Einheitsverbandes in Königsberg haben inzwischen die Mitteilung erhalten von der Auflösung der Organisation. Gleichzeitig erhielten sie einen Revers zur Unterschrift, durch dessen Ablehnung ihre erneute Aufnahme in die Organisation erfolgen kann. Wir bringen aus diesem Revers nur folgende bezeichnenden Stelle, aus ihm wahren Charakter der „Demokratie" zu kennzeichnen, wie sie die SPD. in den Gewerkschaften vertritt. In dem Revers heißt es unter anderem:

„Unterzeichneter gesteht dem Verbandsvorstand das Recht zu, ihn ohne weiteres Verfahren aus dem Verbande zu entfernen, wenn er sich nicht im Sinne obiger Erklärung in der Organisation betätigt."

Mit der Auflösung der Ortsgruppe Königsberg sieht der Hauptvorstand, sehen Lorenz, Preuß usw. ihre Aufgabe noch nicht erfüllt an. Wie wir erfahren, besteht beim Hauptvorstand die Absicht, die Ortsgruppen Insterburg, Allenstein und Stallupönen gleichfalls aufzulösen."

Wie lange wollen sich den angesichts eines solchen Bankrotts die Mitglieder der SPD. mit dieser Eroberungspolitik noch foppen lassen? Sie müssen sich in der Allgemeinen Arbeiterunion zusammenschließen und die rechten und linken Gewerkschaftsbonzen unter sich lassen. Das Proletariat braucht zum Kampf eine Organisation, nicht, damit parlamentarische Schieber „Politik" nach ihrer Art treiben können.

Politische Rundschau

Die neueste Aktion Moskaus

Durch die Sektionen Moskaus geht eine neue Parole: die organisierte Sabotage der Konterrevolution in dem --sozialistischen Aufbau". Die Hartnäckigkeit, mit der diese neueste Walze durch die Zeitungen der Moskauer Sektionen geschleift wird, wirft schon ein bezeichnendes Licht auf die Absicht, die dahinter steckt. Man hat es wieder einmal mit einer Aktion zu tun, die vorbereitet und bis zum Erbrechen ausgewalzt werden soll.

Wir bestreiten gar nicht, daß derartige Sabotageakte vorgekommen sein mögen. Wir bestreiten lediglich, daß diese Dinge irgendein Beweis für den „sozialistischen Aufbau" sind. Es ist aller Welt bekannt, daß zum Untergang verurteilte Klassen und Schichten mit allen Mitteln ihre Privilegien wieder zu erkämpfen suchen. Wir erinnern an die Vorgänge in Deutschland, wo ein Rathenau von monarchistischen Strolchen niedergeknallt wurde, erinnern an den gesamten Kampf der „Reaktion gegen die Republik", und fragen, ob diese Republik trotzdem irgendetwas mit Sozialismus oder sozialistischem Aufbau zu tun hatte? Natürlich nicht, aber für die Sozialdemokratie waren diese Vorgänge ein Mittel, das Proletariat irrezuführen! Heuten reifen die Früchte der verteidigten Republik!

Die Wahrheit ist, daß die Krise in Rußland eine ungeheure Unzufriedenheit aller Klassen im Gefolge hat. Die Kulaken können nicht mit Industriewaren versorgt werden, die der Kaufkraft, die durch den Preis ihrer Erzeugnisse bedingt sind, entsprechen. So halten sie mit ihren Erzeugnissen zurück. Trotz des Ableitens aller Industriewaren nach dem Lande ist die Frage nicht lösbar, weil die russische Industrie zu teuer produziert. Der Versuch, durch Rationalisierung eine Herabsetzung der Preise zu erringen, muß scheitern, weil die Differenz zu groß ist und die Staatsindustrie eine relativ hohe Profitrate anstrebt. Die Kreditverhandlungen mit den kapitalistischen Ländern stocken, weil die geldgebenden Kapitalisten reale Garantien für ihre Anlagemöglichkeiten und zum andern die Einstellung jeder Propaganda im Sinne Moskaus in den Mutterländern und Kolonien fordern. So muß sich, trotzdem die Bauern nicht befriedigt werden können — und welche Klasse, die nach Profit strebt, wird wohl befriedigt?! — der Druck auf die Arbeiterklasse verstärken. Eine schleichende Inflation verringert die Löhne und durch die Rationalisierung wird die Arbeitsleistung, das heißt die Ausbeutung, verschärft.

Wenn in dieser krisenhaften Lage die großbürgerliche Konterrevolution gegen das Proletariat mit den Mitteln der Sabotage kämpft, um so die noch bestehende „Zwangswirtschaft" zu brechen und der „privaten Initiative" mehr Spielraum zu verschaffen, so ist das absolut erklärlich. Für das Proletariat ist jedoch die Frage die: Wird durch das Geschrei über eine angeblich völlig aufgedeckte Verschwörung seine Lage gebessert? Das glauben die russischen Regierer selbst nicht. Sie wollen das Proletariat vielmehr ablenken und es durch neuerweckte Hoffnungen besänftigen. Dabei ist zugegeben, daß die russische Regierung vielleicht sogar den Abbruch der Beziehungen mit dem deutschen Kapital in den Kauf nimmt, um so das „Gewicht" seiner Aktion zu verstärken. Sie wählt zwischen dem „größeren" und „kleineren" Uebel, und das wesentliche scheint ihr zu sein, die Proletarier im Lande zu beruhigen durch „Taten" und um die Opposition in den Sektionen totzuschlagen. Die Maslow-Scholem kommen da bei ihrer Liebe zu „Sowjetrußland" in eine völlig unhaltbare Lage. Bei ihrer „Verteidigung" des „angegriffenen Arbeiterstaates" wollen sie sich nicht übertreffen lassen, und so wird ob der „Taten" der Stalin ihre Kritik immer unsinniger. Wenn Stalin also gegen die Konterrevolution „kämpft", dann muß man seinen Genossen Trotzky in Sibirien eben so lange vergessen.

Das revolutionäre Proletariat fällt deswegen nicht auf solche Manöver herein, weil es weiß, daß es in Rußland keinen Sozialismus und keinen sozialistischen Aufbau zu verteidigen gibt. Selbst wenn das deutsche Kapital die Wirtschaftsbeziehungen abbricht — was noch füglich bezweifelt werden darf —, so besagt dieser Abbruch so wenig, wie der Abbruch mit Polen oder mit einem anderen kapitalistischen Lande. Das revolutionäre Proletariat weiß, daß diese russischen Schikanen nur Manöver sind, und trotz einer unvermeidlichen Entwicklung, die auch die letzten Fesseln der „Zwangswirtschaft" sprengen muß, den Kredit für eine Sache zu erhalten, die diesen Kredit nicht wert ist. Für das Proletariat besteht die Aufgabe darin, dem russischen Proletariat dadurch Luft zu verschaffen, daß es in der Massenaktion den eigenen Kapitalismus stürzt. Dazu bedarf es einer revolutionären Taktik, die mit den konterrevolutionären Gewerkschaften und dem parlamentarischen Betrug bricht. Daß Moskau gerade in dieser Beziehung fanatisch gegen das revolutionäre Proletariat kämpft, ist zu bekannt, um noch des längeren dabei verweilen zu müssen. Das Proletariat jedoch darf nicht länger kleinbürgerlichen Utopien nachjagen, die es von seiner Klassenaufgabe ablenken.

„Bewährte Führer"

Im amtlichen Protokoll der 320. Sitzung des Reichshaushaltsausschusses ist folgendes zu lesen:

„Abgeordneter Schnabrich (SPD.) bittet das Reichswehrministerium, von weiteren Versuchen, Schnürstiefel an die Stelle von Schaftstiefeln zu setzen, abzusehen. Die Dinge lägen doch so, daß der Soldat mit seinem Stiefel auch mal durch eine Wasserpfütze oder kleinere Flüsse oder Bäche gehen müsse. Bei Schnürstiefeln bekomme er da immer nasse Füße. Die Gamaschen, die er tragen müsse, zögen sich so zusammen, daß er dabei krampfartige Erscheinungen bekomme. Wenn sich die Wickelgamaschen lösten, dann trete der Mann darauf und falle hin. Man solle deshalb lieber einen Stiefel mit einer Schnalle, wie er es vorhin angegeben habe, anschaffen. In dieser Beziehung weitere Versuche zu machen, ob Schnürstiefel den Schaftstiefel ganz ersetzen können, halte er daher für nicht zweckmäßig. Vielleicht seien sie als Turnschuhe zu brauchen, aber für Felddienstübungen, Märsche oder den Krieg könne nur ein schöner, gutgearbeiterer Schaftstiefel in Frage kommen.

Dann habe der Vertreter der Reichsregierung gemeint, es könnten seitens der Gewerkschaften Schwierigkeiten entstehen, wenn das Reichswehrministerium die Rationalisierung der Schuhfabrikation vornehme. Das halte er für ganz ausgeschlossen. Diejenige Gewerkschaft möchte er einmal sehen, die sich gegen eine technische Neuerung richte. Das Gegenteil nehme er an. Er selbst habe sich die Werkstätten in Moabit angesehen. Die dort beschäftigten Arbeiter quälten sich schwer für den Lohn, den sie bekämen, bei einer modernen Fabrikation würden sie es viel einfacher haben. Die Arbeiter würden froh sein, wenn sie aus dieser qualvollen Arbeit befreit würden. Sollten, was er nicht annehmen möchte, Schwierigkeiten von seiten der Arbeiter selbst entstehen, dann sei er überzeugt, daß die Gewerkschaften die Arbeiter belehren würden."

Wir glauben, daß das deutlich genug ist!

Herzog Hindenburg

Nullmann Allah ist gegangen, aber sein Segen ist geblieben. Die Herren Hindenburg, Marx und Weißmann haben, neben „hohen" Orden von ihm, die afghanische Herzogswürde bekommen und angenommen. Daß der § 109 der der Weimarer Verfassung dies verbietet, ist den Herren Wurscht. Die Verfassung haben die republikliebenden und -schützenden Proleten zu respektieren. Sie und ihre Gewerkschaften sind die Schützer und Stützen der Republik, die Präsidenten, Reichskanzler und Regierungsräte können auf sie pfeifen.

Oft sind in letzter Zeit Verurteilungen wegen Beschimpfung der Verfassung erfolgt wegen der harmlosen Bezeichnung der Reichsfahne als „schwarz-rot-mostrich", viele hundert Jahre Zuchthaus sind über Arbeiter verhängt wegen Ansammlungen, Flugblattverbreitungen, wegen harmloser Aeußerungen. Die Richter der Republik nennen dies Hoch- und Landesverrat, obwohl da von einem Verstoß gegen das Weimarer Papier gar nicht die Rede sein kann. Wie viel Jahre gehörten die afghanisch-deutschen Herzöge wohl ins Zuchthaus, wenn die demokratische Justiz keine Klassenjustiz wäre?

Wenn die Arbeiter nur begreifen könnten, daß ihre Gewerkschaften und Parlamentsparteien sie nur benutzen als demokratisches Stimmvieh, um die Throne der Parlaments- und Gewerkschaftsherzöge zu sichern und sie von ihren eigenen Klassenaufgaben abzulenken.

Gewerkschaftsverrat in Amerika

Die amerikanische „Föderation der Arbeit" in Verschwörung mit den Arbeitgebern um die Streiks durch Gesetze zu bekämpfen.

(Aus Industrial Solidarity, 15. Februar 1928.)

Die amerikanische Justiz-Gesellschaft und A. F. of L. haben in New York eine Konferenz, um alle Streiks und wirtschaftlichen Streitigkeiten in der Zukunft wegfallen zu lassen. Der Hauptzweck der Konferenz ist, eine Gesetzgebung zu beraten, welche solcher Weise Streiks und Aussperrungen beseitigt, daß beide Gruppen der ausbeutenden Parasiten befriedigt werden, die Kapitalisten, die Arbeitskraft kaufen und die Arbeiterfakire, die vom Verschachern fremder Arbeitskraft leben.

Sicherlich die Arbeiter in allen diesen gesegneten Staaten sollten diese Ankündigung begrüßen und ihre Dankbarkeit kund tun, indem sie zur Feier dieses Ereignisses eine Woche Urlaub nehmen. Wenn eine Woche nicht genügt, versucht es mit zwei.

Aber es gehört mehr dazu als eine Entschließung auf einem Fetzen Papier, mehr als ein Gesetzbuch, eine Handvoll Polizisten oder Soldaten, um die Ausführung eines Gesetzes zu erzwingen, wenn man Arbeiter am Srteiken verhindern will, während ein wahnsinniges System der Produktion und Verteilung sie zu streiken zwingt. Es sind schon hunderte Gesetze gegen das Streiken erlassen worden. Sie sind ebenso nutzlos wie das Gesetz gegen die Entwicklung in Tennessee oder die päpstliche Bulle gegen Kometen. Kansas, Colorado und Kanada sind Beweis genug. Radikale Politiker sind sehr erregt über diese in Aussicht genommene Gesetzgebung, denn sie soll uns „**das Recht** zu streiken nehmen". Sie brauchen sich nicht zu sorgen, **wir hatten nur dann ein Streikrecht, wenn wir im Streik waren!** Diese Politiker können nicht streiken, ehe die Arbeiter ihnen die Gelegenheit dazu geben, indem sie sie in Pluderhosen stecken. Es ist keine Tragödie, eben noch eine Komödie.

In Kanada erließ man ein solches Gesetz nach dem langen Alberton-Kohlenstreik — das kanadische Gesetz zur Untersuchung von Wirtschaftsstreitigkeiten von 1907. Es hat keine Streiks verhindert. Während diese Gesetzmaschine in 90,7 Prozent der Fälle Arbeitsniederlegungen weder verhinderte noch beendete, trat sie bis zum Jahre 1925 nur in 36 Fällen in Tätigkeit. Dieses Gesetz bringt den Arbeitern keinen Vorteil, denn es bestimmt, daß, wenn sich die beiden Parteien nicht über einen unparteiischen Vorsitzenden einig werden, der Arbeitsminister diesen ernennt.

Die Gesetze in Colorado sind noch drastischer, aber auch in Colorado tobt jetzt ein Streik.

Warum ist die Beamtenschaft der A. F. of L. hinter solchen Gesetzen her? Nicht deshalb, weil ihre bisherigen Anstrengungen in dieser Richtung sich als erfolgreich gezeigt hatten. Sammy Gompers schuf das Clayton Gesetz und nannte es „die Magna Charta" der Arbeit. Jetzt fordert Willy Green in Sammys Schuhen, daß das Gesetz widerrufen wird. Das Watson Parker Gesetz sollte den Eisenbahnarbeitern Friede und Wohlstand bringen und den Beamten der Gewerkschaft einen Haufen Beiträge verschaffen; es tat es nicht. Die Arbeiter erhalten noch ebenso Stockprügel auf den Magen, wenn sie den gelben Vereinen der Gesellschaften nicht beitreten. Dies ist ein anderer Grund.

Als eine beitragszahlende Maschine, die sich auf die Kontrolle der Betriebe stützt, verfällt der A. F. of L. schnell. Man versucht allerhand Experimente, sie aufzufrischen. So der Plan der „Großen Stromschnellen" (wahrscheinlich so genannt, weil er im Gebiet der Stromschnellen zur Ausführung gelangte), der 15 Jahre lang Arbeitsniederlegungen verhinderte. Die Fachgewerkschaften werden anerkannt und die Arbeiter müssen Beiträge bezahlen für eine Organisation, die sie verhindert ihre Lebenslage zu verbessern. Hier in Duluth schlugen die Bauarbeiterverbände dasselbe vor (daß die Arbeitgeber für sie die Beiträge gleich vom Lohn abziehen sollten). Die Arbeitgeber schlugen dies ab. Sie brauchen keinen Friedensvertrag mit einem Verband, der nicht kämpfen will. Die vorgeschlagenen Gesetze sind von der Hoffnung eingegeben, daß sie dieses System des Lohnabzugs der Gewerkschaftsbeiträge auf breitere Basis stellen soll. Zwangsmitgliedschaft bei einem Verband, der gerade wieder dabei ist, uns zu verraten.

Damit soll nämlich verhindert werden diese schauerliche Tragödie, daß die Verbandssekretäre im vorgerückten Alter gezwungen werden hinauszugehen in diese kalte, grausame Welt und zu arbeiten.

Obgleich solch eine Gesetzgebung nutzlos ist, beweist doch die Tatsache, daß die A. F. of L. sich bemüht sie durchzudrücken, daß sie keine Organisation zum Wohle der Arbeiterklasse ist. Ihre Bemühungen um die Klassenharmonie haben ihre Nutzlosigkeit vergrößert und ihre Beiträge vermindert. In dem Elektrizitätswerk von West-Lyms zum Beispiel ließen sich die Arbeiterfakire auf solchen Harmonieplan mit der Kriegsarbeiterkammer ein, das Resultat ist ein gelber Werkverband. Das B und O (Arbeiterbankenprojekt) treibt denselben Weg. Alle diese Machenschaften um den Betrieb rentabel zu machen, die von Seiten der Arbeiter ausgehen, enden in erhöhter Antreiberei, Erwerbslosigkeit und kein Vorteil für die Arbeiter, die sie anbieten. Eine Untersuchung dieser Projekte — kürzlich von der Universität in Michigan durchgeführt — zeigt, daß der Dank, der den Arbeitern für solche Anregungen wurde, Ersparnisse von annähernd ein Zehntel (für die Gesellschaft) im ersten Jahr als Folge ihrer Annahme betrugen. Fachgewerkschaften führen in den Jahren ihres Verfalls direkt zum gelben Werkverein.

Die gelben Werkvereine der Kompagnien spielen eine Doppelrolle. — Sie haben ihre Beziehungen zu den Arbeitgebern, wie zu den Beamten der Gewerkschaften. Sie organisieren die Arbeiter nach Berufen. Sie werden von den Arbeitgebern benutzt, die Berufssolidarität zu zerbrechen und der Klassensolidarität entgegenzutreten. Aber sie bringen die Arbeiter zu der Erkenntnis, daß, wenn diese Art der Organisation wirklich unter der Kontrolle der Arbeiter (Werkkollegen) stehen würde, und so, daß sie mit anderen Fabriken derselben Industrie verbunden wären und durch eine allgemeine Leitung mit anderen Industrien; sie, die Arbeiter, würden eine mächtige Union, eine wirkliche kampffähige Organisation haben. **So produziert der Kapitalismus nicht nur seine eigenen Totengräber, sondern organisiert sie auch, und führt sie den Weg zum revolutionären Industrieverband.**

„So, trotz des Verrats des A. F. of L., sei gutes Mutes."

So weit die unermüdlichen Kämppfer der IWW. Wir bringen diesen Artikel unverkürzt, weil er einmal aufzeigt, wie die konservativen Gewerkschaften der amerikanischer Föderation der Arbeit, genau wie die Amsterdamer hier, nach staatlicher Anerkennung und Arbeitsgemeinschaft mit den Industriekapitänen trachten, und sich dabei das eigene Grab graben. — Aber nicht ohne die Arbeiter bis zur Verzweiflung wehrlos gemacht zu haben. — In Amerika wie in England, schauen alle Arbeiterverräter neidvoll auf unsere Schlichtungspeitsche, wie wir es zuletzt so herrlich weit gebracht. Aber ebenso wirft der Artikel neues Licht auf den Kampf, der soeben in Colorada mit achtungsgebietendem Erfolge abgebrochen wurde, wo die IWW. zum ersten Mal ihre neue Taktik und Organisationsweise kampfbeherrschend dem Industriefeudalismus in seiner eigensten Domäne entgegenwarf. Wenn auch das Kampffeld in den USA. manche wesentlich andere Züge aufweist, so können wir doch viel davon lernen.

„Revolutionärer" Parlamentarismus.

Wie aus Stockholm kürzlich gemeldet wurde, hatte dort die Kommunistische Partei Schwedens im schwedischen Unterhaus den Antrag auf Abschaffung der Monarchie und **Einführung der Republik eingebracht.** Dieser wurde jetzt von sämtlichen Parteien (einschl. der Sozialdemokraten) mit Ausnahme der kleinen Gruppe der Kommunisten abgelehnt.

Zum Gedächtnis des „Kommunistischen Manifest"

Von Antonio Labriola.

(2. Fortsetzung.)

Hier sind die Anfänge des modernen Sozialismus. Wir finden hier die Linie, die ihn von dem ganzen Reste trennt.

Der Bund der Kommunisten war aus dem Bund der Gerechten hervorgegangen; dieser hatte sich seinerzeit, durch ein klares Bewußtsein seiner proletarischen Zwecke, stufenweise aus der ganzen Gattung der Flüchtlinge, der Verbannten gebildet. Als Typus, der im Keime die Formen aller sonstigen sozialistischen und proletarischen Bewegungen in sich trug, hatte er die verschiedensten Phasen der Verschwörung und des Gleichheitssozialismus durchlaufen. Er wurde methaphysisch mit Grün und utopistisch mit Weitling. Mit seinem Hauptsitz in London, hatte er sich für die chartische Bewegung interessiert und einigen Einfluß auf sie gehabt. Diese Bewegung zeigte durch ihren untergeordneten Charakter, da sie weder Frucht einer vorher überlegten Erfahrung, noch die Tat einer Verschwörung oder Sekte war, wie peinlich und schwierig es sei, die Partei der proletarischen Politik zu bilden. Die sozialistische Tendenz offenbarte sich im Chartismus erst, als die Bewegung nahe an ihrem Ende stand und tatsächlich endete (unvergeßlich sind Jones und Harney). Der Bund der Kommunisten witterte überall die Revolution, sowohl weil die Sache in der Luft lag, als auch weil sein Instinkt und seine Lernmethoden ihn dahin drängten. Während die Revolution tatsächlich ausbrach, bewaffnete er sich, dank der neuen Lehre des Manifestes, mit einem Werkzeug der Erkenntnis, das zugleich eine Waffe des Kampfes war. In der Tat schon international durch die Art und die verschiedene Herkunft seiner Mitglieder, und mehr noch durch den Instinkt und die Neigung aller, nahm er seinen Platz in der allgemeinen Bewegung des politischen Lebens, als der genaue und klare Vorläufer alles dessen, was man heute den modernen Sozialismus nennen kann, wenn man unter „modern" nicht ein einfaches Datum äußerlicher Zeitrechnung verstehen muß, sondern ein Anzeichen der Entwicklung, die sich in der Gesellschaft durch deren innerliche Umbildung vollzieht.

Eine lange Unterbrechung, von 1852 bis 1864, eine Periode der politischen Reaktion, in der zugleich die alten sozialistischen Schulen verschwanden, sich zerstreuten oder aufgerieben wurden, trennte die Internationale des Arbeiterbildungsvereins in London von der Internationale, die im eigentlichen Sinne so genannt wird, die von 1864 bis 1873 daran arbeitete, den Kampf des europäischen und des amerikanischen Proletariats einheitlich zu gestalten. Die Aktion des Proletariats hatte andere Unterbrechungen, vornehmlich in Frankreich und mit Ausnahme Deutschlands, seit der Auflösung der Internationale glorreichen Angedenkens bis zu der neuen Internationale, die heute durch andere Mittel lebt und sich in anderen Formen entwickelt, beides angepaßt der Situation, in der wir leben, und gestützt auf reifere Erfahrung. Aber ebenso wie die Ueberlebenden derer, die im Dezember 1847 die neue Lehre erörterten und annahmen, auf der öffentliäen Bühne in der großen Internationale wieder erschienen sind und seitdem, von neuem in der nuen Internationalen, so ist auch das Manifest nach und nach wieder erhchienen und hat die Runde um die Welt gemacht, in allen Srpachen der zivilisierten Länder, was es sich bei seinem ersten Erscheinen vorgenommen hatte, aber nicht hatte ausführen können.

Hier ist unser wahrer Ausgangspunkt, hier waren unsere Vorgänger. Sie marschierten vor allen anderen zur günstigen Stunde, mit schnellem, aber sicherem Schritt, auf dem Wege, den wir ebenso durchlaufen müssen und auch wirklich durchlaufen. Es ist unpassend, unsere Vorläufer diejenigen zu nennen, die Wegen gefolgt sind, die man später hat verlassen müssen, oder diejenigen, die, ohne Gleichnis zu sprechen, Lehren gebildet oder Bewegungen begonnen haben, die sich ohne Zweifel erklären lassen durch die Zeitläufte und die Umstände, worin sie entstanden sind, aber die seitdem durch die Lehre des kritischen Kommunismus, durch die Theorie der proletarischen Revolution überholt worden sind. Nicht, als ob diese Lehren und Versuche zufällige, unnütze und überflüssige Erscheinungen gewesen wären! Es gibt nichts Unvernünftiges in dem historischen Lauf der Dinge, weil nichts ohne Gründe geschieht und weil es folglich nichts Ueberflüssiges gibt. Wir können selbst auch heute nicht zum völligen Verständnis des kritischen Kommunismus gelangen, ohne im Kopfe durch jene Lehren zurückzuschreiten, indem wir verfolgen, wie sie entstanden und verschwunden sind. In der Tat sind sie nicht nur vergangen, sie sind innerlich überwunden worden, sowohl durch den Wechsel in den Lebensbedingungen der Gesellschaft, als durch die genauere Kenntnis der Gesetze, auf denen ihre Bildung und Entwicklung beruhen.

Der Augenblick wo sie in die Vergangenheit schwanden, das heißt der Augenblick, wo sie innerlich überwunden wurden, ist eben der Augenblick wo das Manifest erschien. Als erste Geburtsurkunde des modernen Sozialismus, die nur die allgemeinsten und am leichtesten verständlichen Züge der Lehre gibt, trägt diese Schrift die Spuren des historischen Gebiets an sich, worin sie geboren ist, Frankreichs, Englands und Deutschlands. Ihr Fortpflanzungs- und Verbreitungsgebiet ist seitdem immer weiter geworden, und es ist fortan soweit, wie die zivilisierte Welt. In allen Ländern, in denen sich die Tendenz zum Kommunismus durchgerungen hat, mitten durch die verschieden ausschauenden, aber jeden Tag klareren Antagonismen zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat, hat sich die erste Entwicklung ganz oder zum Teil mehrere Male wiederholt. Die proletarischen Parteien, die sich nach und nach gebildet haben, sind von neuem durch die Bildungsbahnen gegangen, die von den Vorläufern gebrochen worden waren, aber diese Entwicklung hat sich, von Land zu Land und von Jahr zu Jahr immer schneller vollzogen, wegen der größeren Klarheit und der kraftvoll drängenden Notwendigkeit der Antagonismen, und auch weil es leichter ist, eine Lehre und eine Leitung anzunehmen, als die eine wie die andere zum ersten Male zu schaffen. Unsere Mitarbeiter von vor 50 Jahren waren auch unter diesem Gesichtspunkt wahrhaft international, weil sie dem Proletariat der verschiedenen Nationen durch ihr Beispiel den allgemeinen Gang der Arbeit vorzeichneten, die vollbracht werden muß.

Aber die vollkommene theoretische Kenntnis des Sozialismus besteht heute, wie sonst und wie es immer sein wird, in der Erkenntnis seiner historischen Notwendigkeit, das heißt in dem Bewußtsein der Art, wie er entstanden ist. Seine Entstehungsgeschichte spiegelt sich, wie in einem beschränkten Beobachtungsfelde und einem gedrängten Beispiel, genau in der Bildung des Manifestes wieder. Es sollte eine Kriegswaffe sein, und so trägt es selbst äußerlich die Spuren seines Ursprunges; es enthält mehr substantielle Erklärungen, als Beweisführungen. Die Beweisführung ist ganz in dem Imperativ der Notwendigkeit enthalten. Allein man kann diese Bildung noch einmal machen und sie wiederholen heißt wahrhaft die Lehre des Manifestes verstehen.

Es gibt eine Untersuchung, die auf abstraktem Wege die Teile eines Organismus trennt und sie in so viele Elemente zerstört, als zur Einheit des Ganzen zusammenlaufen, aber es gibt eine andere Untersuchung, und diese allein gestattet, die Geschichte zu verstehen, welche die Elemente nur scheidet und trennt, um in ihnen die objektive Notwendigkeit ihres Zusammenwirkens zum Endergebnis wieder zu finden.

(Fortsetzung folgt.)

Die Noskepartei feiert Revolution

Die „Linke" weiß nicht, was die „Rechte" tut!

Die Partei der Noske, Wels, Stampfer präsentierte sich dem Proletariat als die Partei des Freiheitskampfes — wie sie ihn auffaßt. Zu deutlich sind ihr die Kainsmerkmale auf die Stirn geschrieben, als das sie von den Kämpfen der Novemberrevolution und der durchgeführten Massaker auch nur ein Wort erwähnen dürfte, ohne sich selbst zu entlarven. Ihre Heldentaten im imperialistischen Kriege, ihr „Freiheitskampf" gegen das revolutionäre Proletariat, — das muß verschwinden aus der Geschichte, um Totenbeschwörungen Platz zu machen. Die Revolution von 1848 und ihre Parolen, Kostüme, Illusionen sind die Requisiten, mit denen die Partei des gemeinsten Arbeiterverrats auf den Kampfplatz zieht, um ihre Vergangenheit auszulöschen.

In ihrer schreienden Reklame, mit der sie ihre diesjährigen Märzfeiern begleitete, versteift sich diese Dirne der deutschen Konterrevolution sogar zu der Frage:

Was wollen die Kommunisten an den Gräbern der März-Gefallenen?

um dann folgendermaßen auszupacken:

„Die Ideale, für die jene kämpften, sind nicht die ihren. Gleiches politisches Recht, Geistesfreiheit für alle sind nach ihrer Meinung niederträchtige Erfindungen der Bourgeoisie zu dem Zweck, um die Arbeiter vom richtigen Weg abzubringen. Der Staat, den sie als den „einzig sozialistischen" der Welt verehren, steht in seiner Struktur dem Polizeistaat Friedrich Wilhelms IV. näher als der Deutschen Republik, für die man vor 80 Jahren kämpfte, näher auch als jener Deutschen Republik, die heute besteht. Die Arbeiter, die damals ihr Blut vergossen, waren in ihren Zielen weniger revolutionär als der „reformistischste" Sozialdemokrat von heute; vielen erschien sogar die konstitutionelle Monarchie schon als das höchste erreichbare Ziel, irgendwo in der Ferne dämmerte der Traum von der Republik, aber Klassenbewußtsein, sozialistisches Denken waren in den wenigsten Köpfen vorhanden. Schon ein Stückchen „bürgerlicher" Demokratie schien den meisten jener Kämpfer schon wert genug, ihr Leben dafür hinzugeben.

Was machen die Kommunisten an den Gräbern der Märzgefallenen? Nun, sie machen notgedrungenerweise ihre Reverenz vor dem geschichtlich begründeten, aber ihnen ach so fremden freiheitlichen Geist der deutschen Arbeiterbewegung."

„Die wirkliche Republik von 1928 hat einen anderen **sozialen Inhalt** als die geträumte von 1848. Aus einem Agrarland wurde der stärkste Industriestaat Europas. Wälder von Schloten schossen wie Pilze aus dem Boden, weltverlassene Provinznester wandelten sich zu Riesenstädten, die Technik mit Dampf, Elektrizität, Flugzeugen, Wundern der Chemie schuf eine veränderte Welt. In Häusern und Hinterhäusern, Straßen und Gassen drängen sich Menschenmassen: Arbeiter, kleine Angestellte, kleine Beamte, Proletarier allesamt.

Jeder Arbeiter, Angestellte, Beamte, jeder Landproletarier, Arbeiter oder Kleinbauer, der sich zum erstenmal von bürgerlichen Vorurteilen losreißt **und einen sozialdemokratischen Stimmzettel** in die Wahlurne wirft, bedeutet für die fortschreitende Revolutionierung der Gesellschaft mehr als irgendein Ausrufer der „Diktatur des Proletariats."

Diese Gesellschaft spricht natürlich von „Kommunisten" Moskauer Prägung, meint aber **das revolutionäre Proletariat**, daß trotz Moskau seinen Weg geht. Aber in ihrem konterrevolutionären Eifer haut dieser Holzkopf, der sich im „Vorwärts" vom 18. März austobt, auf die **eigenen Genossen** ein, die nach dem blöden Geschreibsel dieses Knechtes ebenfalls nichts an den Gräbern zu suchen haben. Am selben Tage erschienen nämlich in den Provinzzeitungen ein Artikel des Austromarxisten Max Adler, der die ganze „Logik" des Zentralorgans der Lächerlichkeit preisgibt. Der Artikel ist so interessant, daß es sich verlohnt, ihn auszugsweise abzudrucken:

„Die Bedeutung des Jahres 1848.

„— — Das Schicksal der bürgerlichen Revolutionen, die überall mit dem Verrat der Bourgeoisie an ihren demokratischen Idealen geendet haben, die heutige Gestaltung der bürgerlichen Demokratie und Republik, die nach 80 Jahren zeigt, **wie die schrecklichsten Klassengegensätze durchaus vereinbar sind mit dem Ausbau der Demokratie und Republik,** müssen es jedem Proletarier klar machen, daß Demokratie und Republik so wichtige und unentbehrliche Mittel sie für den Befreiungskampf des Proletariats sind, doch eben nur Mittel sind und noch nicht seine wirkliche Befreiung bedeuten. Diese ist erst möglich, wenn das Proletariat über die bloße bürgerliche Demokratie und Republik hinaus die soziale Demokratie und Republik verwirklicht, die keinen Gegensatz von arm und reich mehr kennt. Und das ist wieder erst möglich, **wenn durch eine soziale Revolution die kapitalistische Gesellschaft und mit ihr der Klassengegensatz und der Klassenstaat beseitigt werden.** So weist uns der Gedanke an die vergangene Revolution zwingend auf die kommende, für die sich geistig moralisch und physisch vorzubereiten die große geschichtliche Aufgabe des Proletariats ist — —."

„— — Der Rechtsstaat ist der Staat, in dem gleiches Recht für alle besteht, wenigstens auf dem Papier, ob sie arm sind oder reich. So beseitigt der Rechsstaat zwar alle früheren Schranken der ständischen Unterschiede, der Zünftlerei und ebenso der religiösen Privilegien und stellt Freiheit, Gleichheit und Unabhängigkeit der Person; eben deshalb ist er bis zum heutigen Tage das bürgerliche Ideal des Staates geblieben. **Die Begrenztheit dieses Ideals zeigt sich aber darin, daß es eben den Unterschied von arm und reich auch innerhalb der vollendeten Demokratie nicht beseitigen kann und daher seine verhängnisvolle Schranke an dem Klassengegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen zwischen Bourgeoisie und Proletariat findet."**

War der unüberbrückbare Gegensatz zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat durch diesen Ausgang der Revolution in Deutschland und Oesterreich vielleicht noch dadurch verhüllt, daß es hier die Monarchien waren die das Werk der Reaktion vollendeten, so sorgte die Geschichte für die notwendige Klarheit dadurch, daß es in Frankreich gerade nicht die alte Monarchie, sondern die durch die Revolution neubegründete Republik war, die diese Reaktion in der Junischlacht des Jahres 1848 noch blutiger durchgeführt hatte. **Und so konnte Marx bereits ein Jahr nach der Revolution die große geschichtliche Lehre derselben dem Proletariat mit folgenden Worten zusammenfassend darlegen, deren große Wahrheit es auch heute noch und gerade heute, wo die bürgerliche Republik wieder viele neue Illusionen erzeugt hat, sich wiederholen muß:** Erst seine (des Proletariates) Niederlage überzeugte es von der Wahrheit, **daß die geringste Verbesserung seiner Lage eine Utopie bleibt innerhalb der bürgerlichen Republik; eine Utopie, die zum Verbrechen wird, so bald sie sich** verwirklichen will. An die Stelle seiner, der Form nach überschwenglichen dem Inhalte nach kleinlichen und selbst noch bürgerlichen Forderungen, deren Konzession es der Februar-Republik abringen wollte, trat die kühne revolutionäre Kampfparole: **Sturz der Bourgeoisie! Diktatur der Arbeiterklasse!"**

So muß sich diese Partei um ihrer Mandate willen, die sie im Auge hat, selbst ins Gesicht schlagen, und ihren eigenen Genossen, die nur durch die Konzession der radikalen Phrase bei der Stange gehalten werden können, das Recht absprechen, neben den Helden Noske, Stampfer, Wels, Hörsing, die Freiheit zu hüten. Wenn wir auch wissen, daß die „Linken" in der Praxis nur die Aufgabe haben, die Proleten mit linken Phrasen zu füttern, so wissen wir dennoch, daß diese Partei ein innerlich hohler Koloß ist, der bei der ersten Belastungsprobe auseinanderbricht, und der noch notdürftig von dem „Kommunismus" der Stalin, Bucharin lebt, indem er ihn als abschreckendes Beispiel zeigt. — Aber weder der Stalin-„Kommunismus", noch der Noske-„Sozialismus" werden verhindern können, daß das Proletariat die Leichenfledderer der Revolution und ihre „Grundsätze" verläßt, und nicht nur die Lehren aus der Revolution von 1848 zieht, sondern auch aus seinem eigenen Kampfe, in dem es heute steht. Der ein Kampf gegen diese Demokratie sein muß, wenn dem Proletariat jemals die Freiheit winken soll. Wer zweifelt noch, wo in diesem Kampfe die Schlächter der deutschen Revolution stehen?

Zum Parteitag

Der GHA. stellt folgende Thesen zur Diskussion:

Wirtschaftliche Lage. — Krise des Kapitalismus.

Vor dem Weltkrieg schienen die Grundlagen des Kapitalismus unerschütterlich und seine imperialistische Entwicklung zu einer dauernden Aufwärtsbewegung zu führen. Der Weltkrieg war die tiefste Erschütterung und der Wendepunkt der Privateigentumsordnung. Seine Auswirkungen zeigten die geschichtlichen Schranken der kapitalistischen Warenwirtschaft und stürzten sie in einen Strudel von Krisen. Der gesellschaftliche Oberbau der bürgerlichen Ordnung befindet sich in einem Zustand der Zersetzung. Alle herkömmlichen Begriffe von Autorität und Herrschaftsform lösen sich auf, ohne daß es der Bourgeoisie gelingt neue an dessen Stelle zu setzen. Der ökonomische und gesellschaftliche Niedergang öffnet der Arbeiterklasse die Tore zur Weltrevolution und zum Kommunismus.

Die Krise des Kapitalismus und ihre proletarische Ueberwindung ist kein mechanischer Vorgang, sondern ein dialektischer Prozeß, der bald ein Jahrzehnt mit furchtbarer Gewalt tobt. In dieser Zeit hat die bürgerliche Klasse verzweifelte Rettungsaktionen unternommen. Die Proletarier ihrerseits haben es nicht an Versuchen fehlen lassen der Ausbeutungsordnung den Todesstoß zu versetzen und eine neue Welt aufzubauen. Politisch hat die Bourgeoisie ihre Herrschaft, wenn auch nur zum Teil und auf wankendem Grunde, wieder konsolidiert. Doch alle Unternehmungen konnten die Desorganisation der Wirtschaft nicht aufhalten. Eine Depression jagte die andere.

Die fortschreitende internationale Vertrustung und Monopolisierung verändern die innere Struktur des Kapitalismus. Die kleineren und mittleren Betriebe werden aufgezogen, die Produktion konzentriert sich in Großbetriebe und Mamutkonzerne. Die steigende Vergesellschaftung des Produktionsprozesses bildet nicht nur einen positiven Ansatz der kommunistischen Ordnung sondern vertieft auch den Gegensatz zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung.

Die Rationalisierung ist der jüngste Versuch zur Ueberwindung der wirtschaftlichen Anarchie. Sie ist die organisatorische und technische Zusammenziehung des Produktionsapparates zwecks Steigerung der Produktion und Herabsetzung der Unkosten. Dieser Lösungsversuch vollzieht sich wie alle bisherigen auf dem Rücken des Proletariats. Er brachte einigen Kapitalsgruppen auf Kosten des Gesamtkapitals vorübergehend erhöhte Akkumulationsmöglichkeiten und gesteigerte Profite, ohne aber die Krise des Kapitalismus in seiner Totalität zu beseitigen. Vielmehr nimmt die Ausbeutung unmenschliche Formen an. Die Massenarbeitslosigkeit, ehemals eine periodische Erscheinung, wird zum Dauerzustand und unterminiert die Grundfesten der kapitalistischen Ordnung. Durch die neuimperialistische Politik häuft sich der Konfliktstoff an. Die utopischen Abrüstungsvorschläge werden unter dem Deckmantel des Völkerbundes zu einem riesenhaften Wettrüsten für die Auseinandersetzung um den zusammengeschrumpften Markt. So bietet der Kapitalismus das Bild einer anarchischen, den sozialen Gegensatz immer mehr vertiefenden Ordnung, die sich in der entscheidenden Krise windet, und deren wachsender Druck auf die Arbeiterklasse und zunehmende Verelendung nur durch die siegreiche proletarische Weltrevolution überwunden werden kann.

Die Stellung der Partei.

Der Weltkrieg war nicht nur der Anfang vom Ende des Kapitalismus, sondern er zeigte auch den Zusammenbruch der II. Internationale mit ihren Organisationsformen und Mitteln. Die Waffe der Kritik wurde zur Kritik der Waffen, denn auch die Mittel und Formen des Klassenkampfes sind keine starren Dogmen oder absolute Größen, sondern geschichtliche Kategorien. Krieg und Revolution haben die alten Methoden und Mittel der Arbeiterbewegung von Grund auf geändert. Heute steht die Arbeiterklasse nicht mehr den vereinzelten Unternehmern in einer Epoche aufsteigender Wirtschaft gegenüber, die um einen größeren Anteil am Mehrwert kämpft, sondern das monopolisierte Kapital geht als Klasse zur Verteidigung der zusammenstürzenden Ordnung zum Angriff über. Das Wort des Kom. Manifest „die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein", erhält einen vertiefsten Sinn.

Zu den Werkzeugen die in der jetzigen Phase des Kampfes für das Proletariat keine Bedeutung mehr haben und in ihrer Anwendung und Auswirkung konterrevolutionär sind, gehört auch die bürgerliche Demokratie. Der Parlamentarismus ist dem Ursprung nach ein Herrschaftsinstrument, das sich die bürgerliche Klasse in der Auseinandersetzung mit Junkern und Krone durch die Hilfe und auf Kosten des Proletariats erstritten. Aber gleichzeitig wurde der Kampf um das Parlament und seine Ausnutzung eine Waffe für die Arbeiter im Kampf mit den bürgerlichen Klassen in der Periode der organisatorischen und ideologischen Vorbereitung für die entscheidende Generalauseinandersetzung mit dem Kapitalismus. Während dieser Zeit war der Parlamentarismus nicht nur historisch bedingt, sondern seine praktische Anwendung auch politisch richtig, es war ein Mittel zur Machtvergrößerung des Proletariats.

Die praktische Anwendung des Parlamentarismus und seine Erfolge konnten den bürgerlichen Ursprung und Inhalt und damit den reaktionären Januskopf für die Arbeiterklasse wohl verdecken, aber nicht überwinden. Je größer die Wahlerfolge der Arbeiter wurden, umsomehr gerieten sie in den Sumpf der Passivität und staatserhaltenden bürgerlichen Ideologie. Die alte Partei wurde mehr und mehr zu einer Wahlmaschine. An die Stelle wirklich revolutionärer Massenaktionen und Klassenbewußtsein trat ein periodisches Wahlfieber und Illusionen über die bürgerliche Demokratie. Der Klassenkampf wurde ersetzt durch die Fraktionskämpfe; die Todfeindschaft zur bürgerlichen Ordnung entwickelte sich zur Koalitionspolitik und Arbeitsgemeinschaft mit den bürgerlichen Klassen. Der Kampf mit dem Mittel, das zur Machtvergrößerung diente, wurde als Kampf um die Macht selbst hingestellt. Hand in Hand ging damit eine innere größere Entfernung von Massen und Führer und eine Verlumpung der letzteren, indem sie es sich an den Fleischtöpfen des Profits gefallen ließen. Aus diesen Gründen ist die KAP. antiparlamentarisch.

Auch der antiparlamentarische Parlamentarismus der III. Internationale ist konterrevolutionär weil er die demokratischen Illusionen des Parlamentarismus durch den Parlamentarismus überwinden will. Er steht der Entwicklung zum Klassenbewußtsein im Wege und verhindert revolutioäre Massenaktion, weil er den Massenbetrug zum Hebel der Massenaktion macht. Der antiparlamentarische Parlamentarismus der III. Internationale muß landen und ist es schon bei der Koalitionspolitik. Je linker dieser Parlamentarismus ist, um so gefährlicher, umso rücksichtsloser muß er bekämpft werden.

Die Lage in der Partei.

Aus der antiparlamentarischen Einstellung der KAP. ergeben sich ihre Losungen und Aufgaben. Ebenso die Stellung zu den Liquidierungsnachwehen der EL. und den Beschlüssen der letzten CAS. zur Mandatsfrage. Die Mandatsfrage im Fall Schwarz war und ist keine Angelegenheit der Partei. Das Verhältnis der Organisation zu Schwarz war und ist keine Angelegenheit der Partei. Das Verhältnis der Organisation zu Schwarz als Sympathisierendem ist das Verhältnis wie ju jedem anderen außenstehenden Sympathisierenden und wird einzig und allein von dessen Haltung und dessen Tätigkeit bestimmt. Von demselben Gesichtspunkt aus ist eine finanzielle und schriftstellerische Hilfleistung zu betrachten, und ist unter diesen Umständen die Annahme der Diäten kein Abirren vom prinzipiellen Standpunkt des Antiparlamentarismus auf „dem Weg zum Sozialdemokratismus". Ebensowenig berührt den prinzpiellen Standpunkt der Partei ob die Nichtniederlegung des Mandats von Schwarz selbst mit Existenzgründen erklärt wurde oder auch mit veranlaßt wurde durch persönliche Besprechungen mit einzelnen Genossen über die Zweckmäßigkeit der Niederlegung oder rein finanzielle Ausnützung. Die Partei stellte nicht die Frage der Niederlegung vor Schwarz, sondern Schwarz die Frage der Nichtniederlegung vor die Partei. Die Nichtniederlegung aus Gründen der Existenz hat mit einer Rechtfertigung von linkem Parlamentarismus nichts zu tun.

Die CAS. hat die Frage diskutiert und mit Mehrheit die politische und organisatorische Haltung des GHA. gebilligt. Es kann nicht die Methode des Parteitages sein, die Terminologie und das Prestige von einzelnen Genossen zur Basis seiner Beschlüsse zu machen, sondern als Richtschnur dient ihm die Gesamtlinie von Partei und Körperschaften. Von diesem Standpunkt aus bestätigt der Parteitag erneut, daß die Partei von der Linie des Antiparlamentarismus nicht abgewichen ist.

Organisatorische Demokratie.

Das im Parlamentarismus liegende Repräsentationssystem übertrug sich im Verlaufe seiner Anwendung allmählich auf die Arbeiterorganisation. Dadurch wurden die Parlamentarier aus der Masse der Arbeiterschaft herausgelöst und bildeten eine Schicht von Genossen für sich. Die mit dem Mandat verbundene Machtstellung verschaffte ihnen günstige Aufstiegsmöglichkeiten und eine Vorzugsstellung in der eigenen Organisation. Die Tendenz zur Erhaltung der „gehobenen" Lebensstellung und Bedeutung des Parlamentarismus als Kampfmittel in der kapitalistischen Aufstiegsepoche führten zum Nurparlamentarismus mit einem Berufspolitikantentum als herrschende Spitze. Diese Schicht erblickte in der Zahl der Mandate die Kraft und Stärke der Arbeiterklasse. Mandatsschacher und Koalitionspolitik wurden als die Grundlagen einer allein Erfolg versprechenden Politik betrachtet. Dadurch stand man nicht mehr im umstürzenden Gegensatz zur bürgerlichen Ordnung, sondern suchte durch positive Mitarbeit die sogenannten Auswüchse zu mildern um die kapitalistische Gesellschaft zu erhalten. Anstelle des Kampfes um den Sozialismus trat der Tageserfolg. Um die Rebellion der Arbeiterklasse gegen diese reformistische Tätigkeit, die immer wieder aus dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit erwuchs, zu brechen, benutzten die Führer die Organisation gegen die organisierten Massen. Das führte notwendig zur Ausschaltung des Massenwillens. Für die KAP. als antiparlamentarische Partei fällt von vornherein diese Gefahrenquelle fort.

Die Vorwürfe gegen die Körperschaften können daher nicht aus einem Wechsel in der Stellung zum Parlamentarismus herrühren. Ebenso entspricht die Art der Vorbereitung und Behandlung des Falles Schwarz durch den GHA. und BAA. den proletarischen Prinzipien der Organisationsdemokratie. Eine eigene Stellungnahme der Körperschaften ist ihre Pflicht und Aufgabe und bedeutet keine antiparlamentarische

Groß-Berlin.

Am Sonntag, den 25. März findet in allen Bezirken Hausagitation statt.

Die Partei erwartet die restlose Beteiligung aller Genossen.

Freitag, den 23. März, abends 8 Uhr, in allen Bezirken Mitglieder-Versammlungen

Handlung. Als für die Gesamtpartei bindende Beschlüsse können Abstimmungen einzelner Bezirke nicht gelten. Darum unterstreicht der Parteitag noch einmal den Beschluß der CAS.

Der Weg zur Macht.

Die Auseinandersetzung um den Fall Schwarz begann in einer Situation, wo die Partei eben erst im Begriff war, ihre aus jahrelange Isolierung entstandene ideologische und organisatorische Erstarrung abzuwerfen, um aus dem Alltag des Klassenkampfes heraus die Losungen der Revolution zu schmieden. Die Geschichte der Partei läßt den stillen Widerstand einzelner ihrer Teile gegen das neue Gesicht der Taktik verständlich erscheinen, weil die Partei bis dahin nicht einmal praktisch mit dem Essener Katheder-kommunismus fertig geworden war.

Wenn der Parteitag feststellt, daß dies idealistische Gespenst bis zur jüngsten Zeit in unseren Reihen spukt, und das die Reinigung von solch antiproletarischen Theorien, je länger je mehr die Lebensfrage der Partei ist, so bedauert er zugleich, daß der Fall Schwarz die in der Partei wirklich vorhandenen Meinungsverschiedenheiten auf eine falsche Formel preßte, die eine restlose Klärung über die Grundlagen der Politik der Partei weiterhin erschwert. Der Parteitag spricht aus, daß der Organisation von zwei Seiten her Gefahren drohen, die in den Abgrund führen. Von der akademischen Verachtung des Klassenkampfes, die sich in der Gloriole revolutionärer Traditionen sonnt, führt ein gerader Weg zur politischen Geschäftsmacherei, wenn aus Tätigkeitsdrang um jeden Preis das Ziel über die Bewegung verloren geht. In einer solchen Situation wird dann zwangsläufig jene Reaktion heraufbeschworen, die Furcht vor Opportunismus als revolutionäres Prinzip ausgibt und damit vor dem Klassenkampf die Flucht ergreift. Die Partei hat sich in diesem Augenblick darauf zu besinnen, daß proletarische Realpolitik schärfste Selbstkritik gegen opportunistische Entartung fordert. Andererseits aber darf die Liquidierung der gegenwärtigen Differenzen keinesfalls bedeuten, daß die Partei wieder dahin zurückgeworfen wird, wo die Ideologie der Erstarrung erneute Isolierung bedeuten muß, so daß alle Kämpfe seit dem Essener Parteitag umsonst gewesen sind.

Indem die Partei gegen beide Gefahren den Kampf aufnimmt, bekennt sie sich erneut zur Notwendigkeit des Eingreifens in die täglichen Arbeitskämpfe mit dem Ziel durch direkte Aktion die Schlichtungsgesetzlichkeit zu sprengen und verpflichtet alle Genossen in diesem Sinne nach besten Kräften innerhalb der Allgemeinen Arbeiter-Union zu wirken. Die Partei sagt allen sogenannten linken Strömungen im Proletariat die Wirtschaftskämpfe in Gegensatz zum Klassenkampf stellen, als Saboteuren der Revolution unerbittlichen Krieg an. Sie bekämpft die unhistorische, fatalistische Auffassung, die von gesellschaftlicher Entwicklung als blinder Notwendigkeit außerhalb menschlicher Betätigung spricht und will dafür wirken, daß die Proletarier aus der Praxis des Kampfes auf die politischen Zusammenhänge ihrer Lebensinteressen stoßen, wo allein die Notwendigkeit der Revolution bewußt werden kann. Die jeweiligen Anknüpfungspunkte dieser Tätigkeit können nur innerhalb der bürgerlichen Gesetzlichkeit liegen, so daß gewerkschaftliche oder parlamentarische Bindungen unter keiner Voraussetzung und in keiner Form in Betracht kommen.

Indem der Parteitag die realen Möglichkeiten zur Liquidierung der Opposition im Auge faßt, ist er nicht nur verpflichtet zur Wachsamkeit gegen Opportunismus zu rufen, sondern muß auch die Frage nach der politischen Grundlage der Opposition stellen. Wichtig dafür ist die Tatsache, daß die Opposition wohl ohne jede Beschränkung gegen die Politik der Körperschaften gekämpft hat, daß sie aber nirgends der Essener Richtung entgegengetreten ist, die aus den gegenwärtigen Differenzen die Richtigkeit ihrer Auffassung ableiten will.

Indem der Parteitag seinen Standpunkt über die Lage in der Partei zusammenfaßt, gibt er allen ehrlichen Revolutionären Gelegenheit in die Reihen der Organisation zurückzukehren. Die Voraussetzung besteht in der Liquidierung jeglicher Fraktionsarbeit und restloser Wahrung der Parteidisziplin. Eine Verhandlung zwischen Kontrahenten lehnt er prinzipiell ab.

Nur so kann die Partei zu einer ideologischen Einheit kommen die zur revolutionären Praxis unbedingt notwendig ist.

Niedersachsen.

Anträge und Beschlüsse der am 2. März in Delligsen stattgefundenen Bezirkskonferenz Niedersachsen.

Hannover, den 15. März 1928.

Die jetzige monopolistische Phase des Kapitalismus wird charakterisiert durch das Hervorragende Moment, d. die in immer kürzeren Intervallen den Weltwirtschaftskörper erschütternden Krisen, die insbesondere das europäische Kapital stark bedrängen und es zwingen, seine Produktionsmittel gewaltsam — natürlich auf Kosten des Proletariats — auf die zur Konkurrenzfähigkeit erforderliche technische Höhe zu bringen, scheinen zu einer Krise in Permanenz auszuarten. (Siehe die entsprechenden Publikationen in „Proletarier", „KAZ." und auch „Kampfruf".) 2. Die alten Arbeiterorganisationen, sowohl die offen reformistische II. und die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, wie auch die sich mit radikalen Phrasen drapierende „Kommunistische" Internationale, deren Taktik nicht zuletzt von den neukapitalistischen Interessen Rußlands bestimmt wird, stehen der Verelendungsoffensive des Kapitals hilflos gegenüber.

Es ergeben sich aus diesen beiden Tatsachen sowohl für Union wie auch für Partei ganz bestimmte Notwendigkeiten, die der Parteitag verpflichtet ist, klar und eindeutig vor dem internationalen Proletariat aufzuzeigen und damit die Linie der Partei als klassenbewußter, marxistisch-kommunistischer Vortrupp der Arbeiterklasse erneut festzulegen.

Die Verelendung des Proletariats bildet sich im stetigen Interessenkonflikt zwischen Arbeit und Kapital im Betrieb. Die ehemals nützliche Rolle der Gewerkschaften, in deren Händen die Führung der sich aus diesen Konflikten ergebenden Kämpfe lagen, ist in der jetzigen Phase des Kapitalismus in ihr Gegenteil umgeschlagen, da sie, geschaffen, für die mit dem Kapitalismus wachsenden Bedürfnisse der Arbeiter einzutreten, heute entgegen den Tendenzen des Kapitals für die Befriedigung dieser Bedürfnisse kämpfen müßten. Das liegt seinen Grund darin, daß die Entscheidung, ob, um was und mit welcher Intensität solche Kämpfe zu führen sind, infolge der Struktur der Gewerkschaften bei deren Führern liegt, die ökonomisch und ideologisch an die Bourgeoisie gefesselt sind. Indem die Arbeiter das Kampf in ihre eigenen Hände nehmen, wird ihnen die historische Rolle und Begrenztheit des Kapitalismus klar und sie werden in notwendiger Konsequenz dieser Einsicht mit der Schlichtungsdiktatur die kapitalistische Gesetzlichkeit durchbrechen und so, frei von verderblichen Illusionen, ihre eigene, nämlich die Diktatur des Proletariats erkämpfen. Die Allgemeine Arbeiter-Union ist die Organisation des proletarischen Klassenwillens und muß unter ständigem Hinweis auf die Unmöglichkeit der Lebenshaltungsstabilisierung des Proletariats auf dem Boden dieses Wirtschaftssystems die Kämpfe über ihr ursprüngliches Ziel hinauszutreiben suchen. Der Parteitag verpflichtet die Mitglieder der Partei, in diesem Sinne in der Union zu wirken.

Aus der Ablehnung der Führerpolitik, welche die Klassenbewußtseinsentwicklung des Proletariats hindert, folgt klar und eindeutig die Stellung der KAP. zum Parlamentarismus. Der Parteitag stellt fest, daß die im „Falle Schwarz" eingenommene Stellung des damaligen GHA. die einzig richtige und mögliche war und fordert die vorschnell und dem äußeren Schein folgenden opponierenden Genossen auf, die durch die grundlose Spaltung der Partei bezangenen Fehler dadurch auszugleichen, daß sie nach ihrer Rückkehr in dieselbe mit erhöhter Objektivität an der Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats arbeiten. Die Aufnahme derjenigen Oppositionellen, gegen die während des Ablaufs der Oppositions-Angelegenheit der Verdacht des unproletarischen Verhaltens entstanden ist, haben den ersten Schritt zum Beweis ihres reinen Gewissens damit zu tun, daß sie sich einer aus der nunmehr geeinten Partei gewählten Untersuchungskommission stellen, die über ihre evtl. Aufnahme entscheiden wird. Der Beschluß dieser Kommission ist bindend.

Die ZA.-Feststellung, die die Notwendigkeit der ideologischen Einheit der Partei hervorhebt, ist uns Richtschnur bei folgender Statutenänderung:

Der 1. Satz der Ziffer I des Org.-Statuts wird durch folgenden ergänzt:

. . . . sofern er durch eine — für Arbeiter halbjährige, für Nichtarbeiter einjährige — Kandidatur seine Fähigkeit und Zuverlässigkeit bewiesen hat. Ueber die Aufnahme entscheidet die Mitgliedschaft der Ortsgruppe, doch bleibt dem ZA. die endgültige Bestätigung vorbehalten."

Zur planmäßigen und erhöhten internationalen Arbeit muß ein Genosse des GHA. besonders beauftragt werden. Die stärkere internationale Verbindung und Propaganda ergibt sich aus der gesamten wirtschaftlich-politischen Situation.

Aus den Wirtschaftsbezirken

Stettin

Politische Invaliden.

Am 19. März riefen die KAPD.- und AAU.-Ortsgruppen Stettin zu einer öffentlichen Versammlung auf, der die KPD. folgendermaßen zu begegnen suchte: Zwei „Sympatisierende", darunter ein gewisser Stark füllten sich vordem den Kadaver mit Schnaps, um den nötigen Mut für den „Angriff" von innen heraus zu produzieren. Ein Dritter, ein gewisser Brummer, sollte, wenn dies Manöver nicht glücken sollte, die Versammlung totreden.

Die anwesenden Proletarier durchschauten bald das Spiel, und gaben durch Abstimmung ihrer Meinung dahin kund, daß diese beiden Ritter des Alkohols derweilen ihren Rausch auf der Straße spazieren führen sollen, wenn revolutionäre Arbeiter über ihren Kampf und ihre Anzelegenheiten sprechen. Da die Moskaujünger aber nicht willig waren, sich zu trollen, sie nacheinander hinaus, und die Versammlung nahm ihren ungestörten Verlauf.

In einem zweistündigen Referat entwickelte der Redner die Stellung der KAPD. und AAU. und die Stellung des revolutionären Proletariats zur II. und III. Internationale. Die bedfällig aufgenommenen Ausführungen bewiesen, daß auch in Stettin der Boden für revolutionäre Propaganda aufgelockert ist. Nach ihm kam dann sofort der Redner der KPD. an die Reihe, der dann zu retten suchte, was zu retten ist. Wie, das ist so interessant, daß es verdient, festgehalten zu werden.

Ueber die Granatenlieferungen des „Arbeiterstaates" an die deutsche Reichswehr setzte er mit einem großen Bogen hinweg. Die Sache war so heiß, daß er sie „vergaß", zu erwähnen. Dann kam das „Hauptargument". Die SPD. sage, in Rußland sei alles schlecht, und der Redner sage das auch! Und was braucht man angesichts solcher Beweise für die „Ueberreinstimmung" noch lange nachdenken? Hier sind „Agenten Chamberlains" am Werke. Der Mann sagte so nebenbei noch, daß er sich im Gefängnis seine Augen verdorben hat. Hat also für seine revolutionäre Sache so nebenbei schon ungeheuer gelitten. Krankenkassen scheint es in Stettin nicht zu geben, daß sich der Märtyrer eine Brille holt, und so muß er jedesmal seine Gefängnisstrafe vorbringen, und daß er schlecht lesen kann. Ueberhaupt ein gewiegter Bursche. Er hatte 1925 neun Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe erhalten, aber für zwei verschiedene Dinge. Durch Berufung ein und machte dem Richter den Vorschlag, im Falle einer Verringerung der Gefängnisstrafe, die Geldstrafe für die zweite Sache in Gefängnis umzuwandeln, damit sich die Sache evtl. ausgleiche. Ebenso kameradschaftlich, wie er diese Sache, vorbrachte (der Verteidiger wollte ihm die Blamage ersparen, aber er ließ sich nicht belehren), ebenso „kameradschaftlich" belehrte ihn der Richter der Klassenjustiz, daß das nicht ginge, weil es sich um zwei verschiedene Dinge handelte. Diese Jämmerlichkeit, die die revolutionären Arbeiter Stettins nicht vergessen haben, sucht er nun mit erweektem Mitleid über schwache Augen zu überschmieren, und wenn ein Arbeiter ihn als ekelhaften Patron kennzeichnen, so kann man das rubig gelten lassen.

Dieser Märtyrer suchte also mühselig heraus aus der sozialdemokratischen Zeitung, daß die SPD. in Rußland noch keinen Kommunismus entdeckt hat. Und wenn die SPD. nein sagt, dann sagt ein „Kommunist" eben ja! Damit, so folgerte dieser Komödiant, „beweist" man, daß man „Kommunist" ist. Dann kam er mit der letzten Walze hervor, nämlich den „Verschwörungen". Seiner Meinung nach hat noch nie ein kapitalistischer Staat gegen einen anderen Streit gehabt. Als ihm zugeführen wurde, daß Deutschland letzthin ja auch die Beziehungen zu Polen abgebrochen habe, schaute er ein bißchen blöde drein, und meinte, das wäre eben etwas anderes. Was da „anderes" daran wäre, das konnte er zwar nicht sagen, aber er „fühlte" es wohl. Die Waffenbrüderschaft des „Arbeiterstaates" mit der Türkei, Litauen, der Kuomintang usw. verhält sich so: Auch Engels und Marx wären für „fortschrittliche" Kriege gewesen, und deswegen sei das Bündnis mit dem „Fortschrittler" Woldemaras eben richtig. Wem das nicht gefällt, der kann sich ja ein bißchen blind stellen. Der Mensch hat einmal etwas läuten hören, daß Engels und Marx für einen Krieg der Republiken gegen Monarchien waren. — unter gewissen Umständen, und in Zeiten des Frühkapitalismus mit schwach entwickeltem Proletariat — was macht er daraus? Die Verbrüderung des „Arbeiterstaates" mit dem Faschismus ist „fortschrittlich" und der darin eingeschlossene Burgfrieden des revolutionären Proletariats mit faschistischen Bluthunden ist „revolutionär". Der „kleine" Unterschied, daß heute das Proletariat längst mehr das Anhängsel der Bourgeoisie sein darf, und daß Karl Marx im „Kommunistischen Manifest" sagt: „Die Arbeiter haben kein Vaterland, man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben", verschwindet vor seinen schwachen Augen ins Nichts. Was kann schließlich der Mann dafür, daß er eben schlecht sehen kann!

Dieser blinde Mann sucht also alles zu verherrlichen; er kann sogar so weit gehen — wenn es sein muß — um Trotzki als kleinbürgerlichen Phantasten zu erkennen, und hat ihn auch pflichtgemäß verdammt. Das übrige Gewäsch war noch unter dieses seiner „theoretischen" Linie. Vervollständigt wurde das Bild dieses ehrlichen, halberblindeten Männleins noch dadurch, daß er sich beklagte, daß man seine beschwipsten Helfer hinauswarf, trotzdem sie nichts mit der KPD. zu tun hätten. Als man diese Lüge festnagelte, gab er klein bei. Das schlechte Augenlich hat schon viel andere „Irrtümer" verursacht. Und es wäre ein Wunder, wenn dieser politische Invalide nicht den Schluß gebrüllt hätte, daß somit der „Nachweis" erbracht sei, daß die „Agenten Chamberlains" im Werke seien.

In der Diskussion entlarvte ein alter Funktionär der „Vulkan-Werke" das Geschwätz dieses Komödianten dahingehend, daß er in seiner Funktion als Betriebsrat vor Blindheit nicht wußte, was er zu tun hatte, und das in Zeiten revolutionärer Situationen. Angesichts der Tatsache, daß dieser alte Arbeiterfunktionär hier aufstand, und offen von seinem ehemaligen Parteifreund abrückte, wurde das blinde Männlein obendrein auch noch stumm. In ganz vorgerückter Stunde wurde die Versammlung geschlossen. Drei Mann brachten ein Hoch auf „Sowjetrußland" aus. Unsere Genossen werden auch hier noch besser lernen als bisher, das Blindekuhspiel politischer Simulanten zu entlarven, und der revolutionären Bewegung eine noch breitere Gasse zu bahnen.

Leipzig

Märzkundgebungen der AAU. in Mitteldeutschland.

„Lehren der Märzaktion und die Klassenkämpfe der Gegenwart" war das Thema eines am Freitag, den 16. III. stattfindenden öffentlichen Diskussionsabends in Leipzig. Die Veranstaltung, die nur mit ausgeschriebenen Blancoplakaten und selbstgefertigten Handzetteln vorbereitet wurde, war von 10 Nichtmitgliedern besucht. Eine Anzahl Proletarier sind durch Kauf unserer Literatur und durch Nachfrage nach weiteren Veranstaltungen in Beziehungen zu uns getreten, ein Sympathisierender hat sich im Anschluß an die Ausführungen des Referenten bei uns organisiert. — Wie das in diesem Referat geschehen war, so forderte die AAU. Mitteldeutschlands in einem am folgenden Tage erschienenen Flugblatt unter Erinnerung an die bedeutsame historische Rolle der Allgemeinen Arbeiter-Union und Kommunistischen Arbeiterpartei in den mitteldeutschen Kämpfen von 1920—21 die mitteldeutsche Arbeiterschaft auf, die Lehren aus diesen Kämpfen durch organisatorischen Zusammenschluß in der Allgemeinen Arbeiter-Union zu ziehen. Als unsere Genossen am Sonnabend, den 17. März an den Werkeingängen von Leuna zur Mittagsschicht das Flugblatt verteilten, zeigte sich, daß trotz des Terrors der Pinkertonbanden, die als Arbeiter verkleidet, sofort von den Toren auftauchten und unsere Genossen zu vertreiben suchten, bei den Leunaproleten die Sympathie für uns ist. Unsere Genossen wiesen die in Massen aus der Leunahütte strömenden Proleten auf das Gesindel hin, so daß diese von der Bourgeoisie geschätzten Ehrenmänner nicht wagten, die Flugblattverteilung zu unterbinden. Erst nach dem Abstrom der Massen nahmen uniformierte, in dem Werk seit 1921 stationierte, Grüne, Förstings die Namensfeststellung unserer Genossen vor. Den Text des Flugblatts, auf dem zur Teilnahme an der Kundgebung in Ammendorf aufgefordert wurde, hatte die Pinkertonzentrale im Werk sofort an das Polizeipräsidium Halle weiter gegeben. Die aufrüttelnde Wirkung der Flugblattverteilung war sowohl mittags als auch bei der Verteilung der Nachtschicht an Aeußerungen zahlreicher Proleten zu spüren, die in Zurufen „Endlich wieder mal was Richtiges" und auch dadurch zum Ausdruck kam, daß eine Anzahl von Arbeitern Packen Flugblätter mitnahmen, um sie weiter zu geben. — Am Sonntag vormittag legten unsere Genossen in Merseburg einen Kranz mit Schleife an den Gräbern der Märzgefallenen nieder. Dort hatte das Reichsbanner des Herrn Hörsing die Schamlosigkeit besessen, einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife an den Gräbern der von Förstings Grünen gemeuchelten Proletariern aufzustellen. Diese Leute wollten offenbar vergessen machen, daß ihr hoher Chef nach der Märzaktion seinen Grünen Dank und Anerkennung für die „umsichtige Niederwerfung des Aufstandes", d. h. für den Arbeitermord aussprach. Auch dieser neuen schamlosen Beschimpfung des Proletariats durch die Bourgeisiepublikaner soll zu gegebener Zeit gedacht werden. — In Ammendorf im Borzschlößchen rollte unser Redner in packenden Bildern die Lehren der Märzkämpfe auf. Eindringlich wies er nach, wie die Märzkämpfe, insbesondere die Märzaktion an der gewerkschaftlich parlamentarischen Ideologie der Massen zusammenbrach. Die Massen waren zu revolutionärem Handeln infolge der leninistischen Bündnispolitik mit den halben und ganzen Sozialverrätern von SPD und USP. nicht fähig und ließen die kämpfenden Revolutionäre im Stich; in einer Wandzeitung hatten wir die feigen Ausflüchte der Levi, Brandler, Zetkin und damit der KPD. nach der Märzaktion in Erinnerung gebracht.

„Was die KAP. tut, die zum Kampf um die Diktatur des Proletariats aufruft, das kann uns doch nicht in die Schuhe geschoben werden, dafür kann man uns doch nicht verantwortlich machen" — sagte der gegenwärtige literarische Mitarbeiter der Brandler der KPD. damals vor dem Klassengericht. Seine Freunde, die Schumann, Fröhlich, Talheimer usw. sind die heutigen Führer und Reichstagskandidaten der KPD. Zitationen und Gesang gaben der Feier revolutionären Schwung. Anschließend zogen die Teilnehmer der Versammlung zum Friedhof, wo ein Mitkämpfer von 1921 an den Gräbern den Kranz der AAU. niederlegte. — Am Nachmittag haben wir in Halle auf dem Gertraudtenfriedhof im Gedenken an die Gefallenen für die Fortsetzung der revolutionären Kämpfe von 1918—21 demonstriert, deren Losung „Alle Macht den Räten" heute allein in der Allgemeinen Arbeiter-Union und der KAP. lebendig erhalten werden.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Hamburg.
Eimsbüttel-Altona.

Am Freitag, den 23. März, 8 Uhr, öffentlicher Diskussionsabend im Lindenhof, Lindenallee 31. Tagesordnung: Was will der Leninbund? KAP. — AAU.

Bezirk Mitteldeutschland.

Sonntag, den 25. März, vormittags 9 Uhr, Bezirkskonferenz der KAPD. in Weißenfels, Lokal „Volkshaus". Merseburger Straße. — Die AAU.-Gruppen des Bezirks sind eingeladen.

KAP. Groß-Berlin.

Mitgliederversammlung

am Donnerstag, den 29. März 1928, abends 7,30 Uhr, in den Andreas-Sälen, Andreasstraße 21. Restlose Beteiligung aller Genossen erwartet

Der Berliner Arbeits-Ausschuß.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Sirühlig, Berlin N. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

9. Jahrg. Nr. 24

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 25. März 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,50 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Die Kette der Niederlagen

Welches sind die Ursachen?

Eine Anzahl Wirtschaftskämpfe von weittragender Bedeutung sind abgeschlossen. Streiks, deren Zeitdauer, trotz dabei mitwirkender „gewerkschaftlicher Strategie" die Erbitterung der streikenden Proletarier widerspiegeln. Und wir glauben behaupten zu dürfen, daß die letzten Konflikte zwischen Kapital und Arbeit in manchem gewerkschaftstreuen Arbeiter das Gefühl des Unbehagens erweckt haben. Es war für die Bonzen der gewerkschaftlichen Organisationen nicht sehr leicht, den Abschluß der Kämpfe mit der Glorie von „moralischen Erfolgen" zu umschreiben. Denn die Proletarier betrachten als sichersten Gradmesser ihrer Erfolge die mit erhöhten Zahlen beschriebene Lohntäte, und bringen der Auffassung der Gewerkschafts-Bürokratie über „moralische Erfolge" wenig Verständnis entgegen. Doch das ist für die Bürokratie keine Gewissensfrage, sie spekuliert auf die so gepriesene gewerkschaftliche Disziplin und Vergeßlichkeit des Arbeiters, und die in den letzten Jahren abgelaufenen Streiks und deren „erfolgreiche" Beendigung bestärkt sie in ihrer Spekulation.

Trotz des offensten Verrats und der letzten Konflikt der Werkzeugmacher war die Kündigung der Judasrolle der Gewerkschaften, begreift das Proletariat nicht die Ursache seiner Niederlage.

Als am Ende des Jahres 1926 die englischen Bergarbeiter streikten, und die deutschen Bergarbeiter durch den Streikbruch beitrugen an der Niederlage des englischen Grubenproletariats, gelang es dem deutschen Kapitalismus durch die Eroberung der nach industriellen Produkten dürstenden Absatzmärkte des englischen Kapitalismus eine kurze Prosperitätsperiode einzuleiten. Diese wurde jedoch in Frage gestellt, als derjenige Kapitalismus, gestützt auf die aus der Niederlage der englischen Kumpels gepreßten Löhne und dem ungeheuren Druck auf die Arbeitsintensität, den Kampf um die Wiederbesitznahme seiner verlorenen Absatzmärkte aufnahm. Die Folge war ein mit ungeheurer Schärfe einsetzender Druck der deutschen Bourgeoisie auf die Proletarier, um durch Reduzierung der Arbeitslöhne, Verlängerung der Arbeitszeit, die eroberten Absatzmärkte zu halten. Dieser Druck lastete im Proletariat den Gezeundruck aus. Der Streik der mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter, der westdeutschen Arbeiter Brandler der KPD. damals vor dem Klassengericht. Seine Freunde, die Schumann, Fröhlich, Talheimer usw. sind die heutigen Führer und Reichstagskandidaten der KPD. Zitationen und Gesang gaben der Feier revolutionären Schwung. Anschließend zogen die Teilnehmer der Versammlung zum Friedhof, wo ein Mitkämpfer von 1921 an den Gräbern den Kranz der AAU. niederlegte. — Am Nachmittag haben wir in Halle auf dem Gertraudtenfriedhof im Gedenken an die Gefallenen für die Fortsetzung der revolutionären Kämpfe von 1918—21 demonstriert, deren Losung „Alle Macht den Räten" heute allein in der Allgemeinen Arbeiter-Union und der KAP. lebendig erhalten werden.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Hamburg.
Eimsbüttel-Altona.

Am Freitag, den 23. März, 8 Uhr, öffentlicher Diskussionsabend im Lindenhof, Lindenallee 31. Tagesordnung: Was will der Leninbund? KAP. — AAU.

Bezirk Mitteldeutschland.

Sonntag, den 25. März, vormittags 9 Uhr, Bezirkskonferenz der KAPD. in Weißenfels, Lokal „Volkshaus". Merseburger Straße. — Die AAU.-Gruppen des Bezirks sind eingeladen.

KAP. Groß-Berlin.

Mitgliederversammlung

am Donnerstag, den 29. März 1928, abends 7,30 Uhr, in den Andreas-Sälen, Andreasstraße 21. Restlose Beteiligung aller Genossen erwartet

Der Berliner Arbeits-Ausschuß.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Sirühlig, Berlin N. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

Litwinow in Genf

Die Vertretung der russischen sogenannten „Sowjetrepublik" ist erneut in Genf erschienen, um das vor einigen Monaten begonnene heuchlerische Spiel um den Frieden fortzusetzen. Die Debatte über den Litwinowschen Abrüstungsvorschlag geht weiter von statten.

Der Linksschwenkung Stalins versucht in seiner Taktik wie in seinen Reden auch Herr Litwinow Ausdruck zu geben.

Allerdings bringt er es nur zu einem radikalen Pazifismus, denn weiter kann er vor den Größen eines Völkerbundes nicht gehen, dessen Aufgabe es angeblich ist, den „Frieden" zu beraten und herzustellen. Herr Litwinow streut in seine anderweitig sehr diplomatischen Redensarten mit Vorliebe immer wieder ein pazifistisches „Alles oder nichts" ein. Ueber den russischen Vorschlag einer völligen und sofortigen „Abrüstung soll en bloc abgestimmt werden. Ansonst habe es keinen Zweck, weiter zu verhandeln. Und die „Rote Fahne" sucht natürlich gerade diesen Teil des Litwinowschen Redewerks für ihre kleinbürgerlichen Wahlzwecke breitzuschlagen und auszuwalzen. Es ist kaum nötig, noch einmal darzulegen, was an dieser „pazifistischen" Ideologie und Strategie, selbst wenn sie ernst gemeint wäre, grundfalsch und gegenrevolutionär ist. Es bleibe, das Problem des kleinbürgerlichen Pazifismus insgesamt aufreißen. Aber klar ist, daß diese „Taktik" die Massen bestenfalls für die allgemeine Abrüstung, also auch des proletarischen Klassenkampfes gewinnt und sie noch davon veranlaßt, die Frage dieser Abrüstung getrost in die Hände der vereinten kapitalistischen Ausbeuterklasse zu legen. Es sind das die „republikanischen" Methoden der Sozialdemokratie im Weltmaßstabe und auf die internationalen Fragen angewandt.

Jedoch der „Pazifismus" der Herren Litwinow und Stalin ist nur in einem Sinne „ehrlich" gemeint, nämlich, sofern es sich um die „Abrüstung" des revolutionären proletarischen Klassenkampfes handelt. In dieser Hinsicht überschlägt sich Herr Litwinow gegenüber den britischen Anzapfungen des Lord Kuschendins geradezu in „ehrlichen" Verbeugungen und Zusicherungen. Das Rußland, das auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf das „Nebeneinanderbestehen" des sozialistischen und kapitalistischen Systems zur Grundage seiner Politik machte, das seine Revolutionäre in die Gefängnisse und Zuchthäuser schickt, das seine eigene Arbeiterklasse dem innerrussischen Kapitalismus zur Beute hinwirft, das gar nicht an einen revolutionären Kampf gegen die kapitalistischen Partner. Darin spricht Litwinow die volle Wahrheit. Im übrigen offenbart sich sein scheinbar „radikaler" Kleinbürgerpazifismus als derselbe Pazifismus, wie ihn in Frankreich die Paul Boncour und in Deutschland etwa die Breitscheid, Stresemann und Groener vertreten. Denn das Kleinbürgertum hat auch auf diesem Gebiete seine selbständige ideologische Rolle längst ausgespielt.

Zunächst ist Herr Litwinow natürlich gegen die innere Abrüstung. Die Tscheka, die so prächtige Dienste gegen rebellische Arbeiter leistet und die Sowjetmillionäre und „Mittelbauern" so prächtig schützt, wird dem russischen Volke selbstverständlich erhalten bleiben. Den entsprechenden Argumenten seiner offen bürgerlichen Partner, die dem russischen Vorschlag auf völlige Abrüstung immer wieder entgegenhalten, schon für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Inneren, sei eine bewaffnete Truppe von Nöten, kann Herr Litwinow ernstlich nichts entgegenhalten.

Es kommt hinzu, daß die Gegner noch auf eine andere Schwäche der Litwinowschen Abrüstungspolitik hinweisen können. Rußland ist Kolonialmacht. Es hat sich die östliche Mongolei in Form eines „Volksstaates" tatsächlich angeeignet, obwohl die dortigen Lamas die Werke Lenins — vielleicht zu ihrem Glück — kaum dem Namen nach kennen dürften und hat z. B. auch in der Mandschurei, wo es nach den „leninistischen" Regeln vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" gar nichts zu suchen haben dürfte, sehr starke und aktive Interessen. Dazu bestehen Bündnisse mit den ebenfalls selbständigen Monarchien in Persien und Afghanistan und dem Faschismus der Türkei. Die übrigen kapitalistischen Kolonialmächte können hierin mit Recht bezweifeln, daß der Pazifismus der Herren ein „ehrlicher" ist. Er steht auf derselben Stufe wie der der englischen Bourgeoisie und anderer Kolonialmächte.

Auch ist der Sowjetmillionär oder der „Mittelbauer" in seiner wirtschaftlichen und der daraus folgenden psychologischen Verfassung nicht anders zu bewerten wie der Bourgeois der sonstigen Welt. Nicht Abrüstung, sondern impo-